

BULLETIN N°86 – March 2024

BOTSCHAFT DES PRÄSIDENTEN

Liebe Mitglieder,

Zuallererst möchte ich mich für meine Wiederwahl zum Präsidenten der Vereinigung ehemaliger Mitglieder bedanken. Ich werde diese Aufgabe in meiner nächsten Amtszeit gewissenhaft wahrnehmen. Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen danken, die aus der Ferne oder persönlich an der Jahreshauptversammlung und an der Wahl des neuen Vorstands teilgenommen haben. Ich gratuliere Monica Baldi (wiedergewählt als Vizepräsidentin), Jean-Pierre Audy (wiedergewählt als Schatzmeister), Paul Rübzig und Edward McMillan-Scott zur Wiederwahl als FMA-Vorstandsmitglieder.

Wir danken allen FMA-Mitgliedern für ihre aktive Teilnahme an den FMA-Jahresveranstaltungen, verbunden mit dem FMA-Besuch in Belgien vom 8. bis 10. April 2024. Die FMA-Delegation, die sich aus 27 ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammensetzte, konnte mit Vertretern des belgischen Parlaments und der Regierung zusammentreffen, um die Prioritäten des laufenden Ratsvorsitzes zu erörtern. Am 9. April fand der jährliche Gedenkgottesdienst im Europäischen Parlament statt, bei dem wir unsere im letzten Jahr verstorbenen Kollegen ehrten. Einer von ihnen war der ehemalige Kommissionspräsident und ehemalige Europaabgeordnete Jacques Delors. In dieser Ausgabe finden Sie ein spezielles In Memoriam des ehemaligen EP- und FMA-Präsidenten Enrique Barón Crespo, der mich als FMA-Präsident und die Mitglieder der Vereinigung bei der Gedenkfeier am 5. Januar 2024 im Hotel des Invalides in Paris vertrat. Ein ausführlicher Bericht über den Besuch der FMA in Belgien und die jährlichen Veranstaltungen wird im Juni-Bulletin veröffentlicht.

Die Europawahlen 2024 bieten eine Gelegenheit zum Nachdenken und zum Neubeginn. Es ist von entscheidender Bedeutung, so viele Bürger wie möglich zu motivieren, während der Wahlen wählen zu gehen. Zugleich müssen wir darüber nachdenken, was es bedeutet, in einer Demokratie zu leben. Daher trägt diese Ausgabe des Bulletins passenderweise den Titel „Freiheit der Politiker und Transparenz“. In einer Welt, die immer stärker polarisiert, müssen die Gewaltenteilung, die Pressefreiheit, die Justiz und die Freiheit der Politiker um jeden Preis gewährleistet sein.

Unsere Vereinigung ist mit neuem Enthusiasmus und neuer Motivation in das Jahr 2024 gestartet. Unsere Mitglieder werden weiterhin mit den Bürgern in Kontakt treten und sie ermutigen, sich an den bevorstehenden Wahlen zu beteiligen. In diesem Zusammenhang hat die FMA eine Absichtserklärung für eine Zusammenarbeit mit Re-Imagine Europa unterzeichnet. Auch unser Programm „EP to Campus“ floriert weiter: Viele Mitglieder halten Vorträge und nehmen an Veranstaltungen teil, die speziell den EU-Wahlen gewidmet sind, um jungen Menschen innerhalb und außerhalb Europas nuancierte und pluralistische

Perspektiven zu vermitteln. In dieser Ausgabe des Bulletins lesen Sie einige Beiträge von FMA-Mitgliedern, die an EP to Campus-Programmen mit Universitäten aus China, Indien und Spanien teilgenommen haben.

Darüber hinaus finden Sie zahlreiche Überlegungen zum Thema Künstliche Intelligenz (KI), das Gegenstand des von uns im Dezember 2023 veranstalteten Jahresseminars war. Die Vizepräsidentin Monica Baldi schrieb über die demokratische Beteiligung und die neuen Technologien und die Sekretärin Teresa Riera Madurell über Hochleistungsrechner und KI. Die eingeladenen Redner Marta Cantero de Gamito und Francesco Rulli verfassten einen Beitrag, in dem sie über die Möglichkeiten und Herausforderungen der KI und der neuen Technologien reflektierten. Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Marc Angel, hat in seinem Artikel ebenfalls über die Auswirkungen der KI auf die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments nachgedacht.

Das Jahr 2024 ist für unsere Vereinigung von besonderer Bedeutung, denn es stehen entscheidende Wahlen an. Die Europawahlen stellen eine wertvolle Gelegenheit dar, um unsere Mitgliederzahl zu erhöhen. Ich habe die derzeitigen Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP), die im nächsten Jahr ihre Amtszeit beenden werden, eingeladen, sich unserer Gemeinschaft ehemaliger Parlamentarier anzuschließen. Gleichzeitig haben wir das Handbuch für ausscheidende und ehemalige MdEP veröffentlicht, das alle Informationen für diejenigen enthält, die das Parlament als aktives Mitglied verlassen.

Ich möchte alle unsere Mitglieder ermutigen, weiterhin zur Förderung der Einheit der Europäischen Union beizutragen und die parlamentarische Demokratie durch unsere vielfältigen Programme und Aktivitäten zu stärken.

Vielen Dank an alle, die zu dieser Ausgabe des Bulletins beigetragen haben.

Mit freundlichen Grüßen,



Klaus Hänsch,

Präsident der Vereinigung ehemaliger Mitglieder

IN MEMORIAM

NACHRUF AUF JACQUES DELORS

In meinem persönlichen Porträt von Jacques Delors kommen drei seiner Hauptmerkmale zusammen, der Vorkämpfer, der Verantwortungsbewusste und der Freund.

Jacques Delors war kein herkömmlicher Politiker, denn als bekennender Christ war er zu Beginn seiner Karriere Gewerkschafter in der Banque de France und hat an der Umwandlung des französischen Gewerkschaftsbunds christdemokratischer Ausrichtung CFTC in die säkulare Gewerkschaft CDFT mitgewirkt, die sich dann sozialistischen Ideen zugewandt hat. Ich lernte ihn Ende der 1970er Jahre kennen, und anschließend haben sich unsere Lebenswege mehrfach gekreuzt. Das erste Mal war dies bei den Treffen, die eine Gruppe europäischer sozialdemokratischer Abgeordneter und Mitarbeiter regelmäßig abhielt. Ich erinnere mich an ein bewegendes Treffen mit ihm in Deutschland im April 1981 nach dem gescheiterten Staatsstreich vom 23. Februar in Spanien und am Vorabend des Wahlsiegs von Mitterrand in Frankreich, bei dem er mir als Minister „in pectore“ seine volle Unterstützung für den Beitritt zur Gemeinschaft zusagte. Später wurde er Wirtschaftsminister und anschließend zum Präsidenten der Europäischen Kommission ernannt.

Er hat sein Wort gehalten. Unser nächstes Treffen fand im Juni 1985 im Königspalast in Madrid statt, als er kam, um als Präsident der Kommission die Beitrittsakte Spaniens zu unterzeichnen. Nun zu Europa, denn als scheidender Minister habe ich ihm gegenüber meine Bereitschaft bekundet, Mitglied des Europäischen Parlaments zu werden.

Ab Januar 1986 war ich aktiv an den entscheidenden Impulsen beteiligt, die Jacques Delors als Präsident der Kommission dem Prozess der europäischen Einheit verliehen hat. Es war ein immens wichtiger politischer Weg, den ich zusammen mit ihm beschritten habe, und für den ich ihn bewundere.

Meine Zeit als Präsident des Europäischen Parlaments war die Zeit, in der wir den intensivsten Kontakt miteinander hatten, eine Zeit der Zusammenarbeit und der Konfrontation, nicht nur, weil das Parlament sein eigenes Profil festigen und seine Vorstellungen von der Reform der Institutionen im Zuge der Vorbereitung auf den Vertrag von Maastricht verteidigen musste, sondern auch, weil wir uns dem Wirbelsturm der Geschichte stellen mussten, der uns ab dem Sommer 1989 das Tauwetter in Mitteleuropa, den Fall der Mauer und die deutsche Wiedervereinigung bescherte. Die Geschichte gab Vollgas und zwang uns, den Übergang von der Gemeinschaft zur Europäischen Union zu vollziehen.

Jacques handelte mit politischem Mut und Beharrlichkeit, machte Vorschläge ohne Angst vor Kontroversen und blieb dabei seinen Idealen und Prinzipien stets treu. In seinen Beziehungen zum Parlament erwies er sich durch sein unermüdliches Engagement und seine ständige Verfügbarkeit als ein verantwortungsvoller Präsident "avant la lettre".

Kurzum, er war jemand, der sich mit der Beharrlichkeit eines Kämpfers und der Hartnäckigkeit eines Sportlers für den Aufbau eines geeinten, demokratischen und sozial gerechten Europas eingesetzt hat, wobei er sich immer neue Ziele gesteckt hat, die es zu erreichen galt, wobei

er der politischen Teilhabe ihre edelste Dimension verlieh, nämlich den Dienst an der "res publica". Der Franzose und Europäer Jacques Delors hat eine entscheidende Rolle für Europa gespielt. Anschließend setzte er seine Arbeit für Europa mit dem Institut Jacques Delors fort, und zwar ohne Pomp, ideenreich und vor allem voller Ehrlichkeit und Würde, Werte, die wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens gerückt werden müssen.

Enrique Barón Crespo

Ehemaliger Präsident des EP und der VEM
PSE, Spanien (1986-2009)

AKTUALITÄT

DEN FRIEDEN FÖRDERN

Mehr denn je müssen wir jetzt handeln und uns für unser grundlegendes Ziel einsetzen – die Förderung des Friedens. Selbst wenn verteidigungspolitische Anforderungen akut und die Aggressionen bedrückend sind und es uns schwerfällt, dieser wichtigen Priorität des Friedens höchsten Stellenwert einzuräumen, sie zu visualisieren und zu konkretisieren.

Themen im Zusammenhang mit Verteidigung, Sicherheit oder Friedenszielen werden gemeinhin nicht mit Motiven des Friedens in einem Atemzug genannt. Vielmehr werden damit bewaffnete Konflikte assoziiert – die Aggression Russlands, die Gegenoffensive der Ukraine, die Lage in Israel, im Gazastreifen und in der Sahelzone. Immer wieder wird von der Gefährdung der wirtschaftlichen Sicherheit oder von Handelssanktionen und restriktiven Maßnahmen gesprochen: Ein Vokabular, das die pazifistischen Beweggründe für die besagten Handlungen verdeckt und verschleiert.

Gewiss, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird durch ein Bündel unterschiedlicher und komplexer Strategien und Instrumente wie Diplomatie, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Klimamaßnahmen, Menschenrechte, Handelspolitik, Wirtschaftspolitik usw. bestimmt, wobei nicht immer klar hervorgeht, ob diese Kooperation über die Streitkräfte erfolgt oder ob es sich um eine pazifistische, zivile oder humanitäre Zusammenarbeit handelt. Außerdem wird das Wort „Frieden“ nicht immer richtig verwendet; es stellt sich heraus, dass einige seine Bedeutung verdrehen und einen Sachverhalt als „Friedensfazilität“ benennen, der in Wirklichkeit ein Kanal für Waffenlieferungen ist.

Schon seit Langem ist bekannt, dass Frauen aufgrund ihres Charakters und ihrer säkularen pazifistischen Einstellungen bewaffnete Konflikte entschärfen und sich für Frieden einsetzen können. Eine Strategie, die von den Behörden der Vereinten Nationen verstanden wurde und ihr Handeln leitet. In der EU hingegen ist es enttäuschend zu sehen, dass der Beitrag von Frauen zur Vermittlung und Befriedung übergangen und kleingeredet und in den Randbereichen der Zivilgesellschaft angesiedelt wird.

Im Prozess der Gründung der EU und ihrer Vorgängerorganisation, der EWG, werden ihre Ziele von Frieden und Fortschritt unmissverständlich aufgezeigt: der feste Willen und die Entschlossenheit, die Trümmern zu überwinden, in denen Europa infolge des Zweiten Weltkriegs lag. Es war ein Kriegsszenario der totalen Verwüstung, das mit der Aggression Russlands gegen die Ukraine, den Ereignissen im Gazastreifen oder dem Terrorismus der Hamas in Israel leider wieder aktuell geworden ist. Vielleicht gerade deshalb sehnen sich die europäischen Bürger – heute mehr denn je – wieder nach Frieden.

Millionen junger Menschen sehen den Krieg als rechtswidrig und unmoralisch an, der verboten werden müsste, da er eine Spirale von noch mehr Hass und Rache, Wut und Leid erzeugt: Es ist ein Scheitern, in dessen Folge die globalen Errungenschaften der institutionellen Zusammenarbeit und der Menschenrechte ernsthaft aufs Spiel gesetzt werden. Die Kriege von heute scheinen sogar noch grausamer zu sein: Wenn in der Antike und im Mittelalter die Kämpfe weit weg von Zuhause und in fernen Ländern ausgetragen wurden,

so hat sich die Lage in der heutigen Zeit verschlimmert; weder das familiäre und soziale Umfeld noch zivile und humanitäre Bereiche bleiben verschont. Die erschreckenden Zahlen von getöteten, verletzten und verstümmelten Menschen und Familien steigen weiter an. Frauen und Kinder waren und sind am stärksten betroffen.

Der kühne Sprung nach vorn, den unsere neue Erweiterung darstellen soll, ist mehr den Irrtümern Putins zu verdanken als einer Begeisterung für europäische Werte; mehr als alles andere eint uns der Schrecken über seine Aggression sowie Fragen der defensiven Sicherheit. Aus all diesen Gründen glaube ich, dass wir uns bei den nächsten Wahlen für Frieden einsetzen müssen.

María Izquierdo Rojo

PSE, Spanien (1989-2004)

info@mariaizquierdo.net

DIE EU NACH 2024

Wie wird die EU die Wahl 2024 erleben, überleben? Auf alle Fälle wird sich viel verändern, sowohl intern als auch extern. Die EU ist Teil einer sich rasch wandelnden Welt. Wie werden wir die EU neu erfinden und sie gegenüber den anderen Mächten positionieren? Wie wird das Europäische Parlament aussehen und wie wird es sich zusammensetzen? Fällt die EU auseinander? Müssen wir die EU neu erfinden?

Die Europäische Kommission hat vor, die Ukraine und die Republik Moldau in den Club aufzunehmen. Das ist reine Geopolitik von Präsidentin Ursula von der Leyen. Ich stimme zu, aber dann muss auch Bosnien und Herzegowina aufgenommen werden. Österreich besteht darauf, und das zu Recht. Wenn sich die EU nach Osten ausdehnt, muss man aber auch über den Sitz des Europäischen Parlaments reden können. Der Sitz ist heute noch Straßburg, die symbolische Stadt deutsch-französischer Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach der Erweiterung um Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 befindet sich Straßburg (und Brüssel als Sitz der Europäischen Kommission und des Rates) weit im Westen. Wenn Europa einen Neustart schaffen und effizienter arbeiten will, muss eine Reihe von Tabus vom Tisch. Soll jedes Land noch ein Kommissionsmitglied stellen? Oder den turnusmäßig wechselnden Ratsvorsitz übernehmen? Auch der Sitz des Europäischen Parlaments sollte zentraler in Europa sein.

Es liegt auf der Hand, dass dann Wien der neue Sitz des Europäischen Parlaments werden muss, ohne den monatlichen Wanderzirkus nach Straßburg. Wien liegt zentraler und hat eine reiche Geschichte als diplomatisches Zentrum, aber auch als Machtfaktor. Europa muss nun den Fehdehandschuh aufnehmen und in der Welt eine Rolle spielen. So kann die Welt sehen, dass die Europäische Union 2.0 entstanden ist. Das wäre ein geopolitisches Statement. Ich fürchte allerdings, dass Frankreich diese Idee wohl kaum akzeptieren wird – sie haben bereits ein Veto gegen die Aufgabe des Sitzes des Europäischen Parlaments in Straßburg eingelegt, der ein Symbol der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland nach vielen Kriegen zwischen diesen Ländern ist. Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg war die Versöhnung viele Jahre lang unvorstellbar, bis Jean Monnet seine Vorschläge für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorlegte. Unser Besuch im Jean-Monnet-Studienzentrum in der Nähe von Paris war sehr informativ und interessant. Monnet fand auf dem Land die Ruhe, um nachzudenken und Menschen einzuladen.

Ich empfehle den Besuch für alle politischen Entscheidungsträger, aber auch für die breite Öffentlichkeit, insbesondere für junge Menschen. Sie sehen manchmal schwarz für die Zukunft. Doch ein stärkeres Europa ist der einzige Weg zu einer besseren Zukunft, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch. Diese Erkenntnis muss sich doch mittlerweile durchgesetzt haben.

Jan Dhaene

Grüne/EFA, Belgien (2002-2004)

jantedhaene@gmail.com

KAMPF FÜR BILDUNG FÜR ALLE – 2024

In Ländern überall auf der Welt muss sich die Bildung im Wettbewerb behaupten. Sie konkurriert um begrenzte Ressourcen. Regierungen versprechen, jedem Kind den Zugang zu Bildung zu garantieren. Dennoch fällt die Bildung geographischen Spannungen, lokalen Konflikten, (religiösen) Vorurteilen, Gesundheitskrisen ... zum Opfer.

Millionen von Jugendlichen im schulpflichtigen Alter sind von Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Viele leben in Kriegs- oder Konfliktgebieten, andere werden Opfer von Menschenhandel, Entführung, Ausbeutung und Verfolgung aufgrund ihres Glaubens. Angesichts dieser Verbrechen, dieses Leids und dieses Identitätsverlusts sind Stillschweigen und Untätigkeit nicht hinnehmbar.

Die globale Bildungsbewegung, die auf die Bedürfnisse der jungen Menschen unserer Zeit eingeht, wird immer größer. Das Nebeneinander sowie die Achtung von Traditionen und Kulturen hat für sie Priorität. Während meiner Tätigkeit in einem griechischen Ministerium erzählte mir eine junge afghanische Frau ihre Geschichte. Sie lebt auf einer griechischen Insel mit ihren vier Kindern. Sie besuchen ein Zentrum für nicht formale Bildung. Sie lernen Griechisch. Sie finden Freunde, denen sie beibringen, wie man Seife herstellt. Und sie möchten gerne eine reguläre Schule besuchen. Sie sind sehr beeindruckt, dass Gleichberechtigung zu den ersten Dingen gehört, die sie in Griechenland lernen.

Vor ein paar Jahren machten viele Tausend Mädchen auf der ganzen Welt bei der globalen Kampagne „Girls get Equal“ mit. Dabei arbeiteten sie einen Tag lang – symbolisch – als Führungskräfte in Technologieunternehmen oder als Regierungsmitglieder. Eine 21-Jährige übernahm das Amt der Vizepräsidentin von Liberia und forderte die anderen Mädchen auf, einen bedeutsamen Beitrag für ihr Land zu leisten und ihren Ansichten Gehör zu verschaffen.

Ich und andere Unterstützer tragen solche „Verschafft eurer Stimme Gehör“-Botschaften mit Petitionen und Kampagnen weiter. Wir haben die Staatsoberhäupter und die internationale Gemeinschaft aufgefordert, aktiv zu werden und den Schülerinnen von Chibok zu Hilfe zu kommen, Projekte für sichere Orte des Lernens zu unterstützen und das Recht auf Bildung zu fördern und gegen Diskriminierung zu kämpfen. Dies sehen wir als unsere Pflicht.

Verpflichtung ist ein Weg in die Zukunft. Neue Wege zu beschreiten, um den „Stil“ der Konflikte und Missverständnisse grundlegend zu ändern. Schwierige, ehrliche Gespräche zu führen und die Wahrheiten und Fakten zu beleuchten, aufzuzeigen, was geschieht und warum. „Nein“ zu sagen zu jeder Form der Provokation von Gewalt. „Ja“ zu sagen zu Gerechtigkeit. Jungen Menschen ist dies wichtig. Sie sind für eine gerechte und inklusive Gesellschaft. Für Freiheit und für den Schutz ihrer inneren Freiheit. Sie lehnen sich gegen die Kolonialisierung ihrer Herzen und Köpfe auf.

In den Memoiren eines klugen Mannes aus Bulgarien – ein Dichter und Übersetzer der Werke Shakespeares – denkt der Autor über das „Wesen“ starrer politischer Systeme nach, die das Recht auf Gedanken- und Meinungsfreiheit einschränken. Sie fördern Misstrauen und Feindschaft gegenüber den Prinzipien, die jungen Menschen wichtig sind und zu denen auch der Zugang zu Bildung gehört. Bildung, die Raum für offene Diskussionen schafft und fördert. Vor über sieben Jahrzehnten wartete er jeden Tag am Bahnhof auf den Zug, der die Zeitungen

bringt. Kein Regime und keine Doktrin konnten ihn davon abhalten, die Nachrichten aus aller Welt zu erforschen. Er wollte unbedingt verstehen, was geschieht.

Junge Menschen blicken immer zum Horizont. Sie versuchen, sich durch alle Herausforderungen hindurch ihren Weg zu bahnen; Hindernisse zu überwinden, die die Menschen, Kulturen und Konfessionen trennen. Etwas über andere zu erfahren und sie zu verstehen. Dies ist die Kraft, die sie voranbringt. Der Mut, Frieden zu schaffen, wo Konflikte niemals zu enden scheinen. Der Hunger danach, zu erfahren, wie ein Zusammenleben möglich ist. Ein lebenswichtiger Hunger.

Mariela Baeva

ALDE, Bulgarien (2007-2009)

mariela@oecdpartner.eu

ERWEITERUNG: AUF DEM WEG ZU EINER NEUEN EU-STRATEGIE?

Am 9. November 2023 hat die Kommission ihren jährlichen Erweiterungsbericht vorgelegt. Am Anfang der Mitteilung heißt es: „Nun bietet sich den Partnern im Westbalkan, der Türkei, der Ukraine, Moldau und Georgien die einzigartige Gelegenheit, ihre Zukunft eng mit der Europäischen Union zu verbinden.“ Die Kommission zitiert darin auch die Schlussfolgerungen, zu denen der Europäische Rat auf seiner Tagung in Granada kam: In ihrem Rahmen bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der EU die Erweiterung als „geostrategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand“.

Wenn diese Erklärungen die aktuellen Überzeugungen des Rates und der Kommission wahrheitsgetreu widerspiegeln, stünden diese in einem sehr starken Gegensatz zu den mangelnden Fortschritten der vergangenen Jahre. Auf beiden Seiten – sowohl auf der Seite der EU als auch auf der Seite der Beitrittskandidaten des westlichen Balkans – hat es keine ernsthaften Bemühungen darum gegeben, der Erweiterung Priorität einzuräumen. Der Krieg in der Ukraine hat jedoch die Frage der Erweiterung wieder nach ganz oben auf die Tagesordnung rücken lassen, und die westlichen Balkanländer könnten von diesem erneuten Interesse an der EU-Erweiterung profitieren. Auch für die Republik Moldau und in geringerem Maße für Georgien könnte diese neue geopolitische Perspektive gewinnbringend sein.

Auch die Kommission legte einige zusätzliche Vorschläge vor, darunter den neuen Wachstumsplan für die westlichen Balkanländer. Leider haben einige der westlichen Balkanländer selbst keine ausreichenden Schritte in Richtung Erweiterung unternommen. Dies gilt insbesondere für Serbien und das Kosovo, aber auch für Bosnien-Herzegowina. In allen diesen drei Ländern gibt es einflussreiche politische Gruppen, die nicht zu einer echten Aussöhnung bereit sind. Die Förderung des Wirtschaftswachstums ist zwar gut, doch die Aussöhnung muss eine Voraussetzung für die Annäherung an die EU sein.

Dennoch versucht die Kommission, positive Signale an Beitrittskandidaten zu senden. Es gab auch einige – wenn auch leider eher kleine – Schritte hin zu einer neuen Erweiterungsmethodik, die in Richtung eines „stufenweisen Erweiterungsprozesses“ geht. Die Einbeziehung der Beitrittskandidaten in einige Programme und die Politik der EU könnte die Länder näher an die EU heranführen – noch vor ihrer Vollmitgliedschaft. Damit könnten die betreffenden Länder auch ihre Bereitschaft zeigen, nach ihrem Beitritt die „Spielregeln“ zu akzeptieren. Was die EU allerdings braucht, ist eine umfassende Überarbeitung des Beitrittsprozesses.

Die Kommission ist sehr zurückhaltend, wenn es um die Frage der Absorptionskapazität der EU selbst geht. Der Beitritt mehrerer Länder, darunter die Ukraine, ein großes und vom Krieg zerrüttetes Land, wird keine einfache Aufgabe sein. Schon jetzt können wir die Grenzen der komplizierten Entscheidungsprozesse der EU in außen- und verteidigungspolitischen Fragen beobachten. Manche Länder haben das Erfordernis der Einstimmigkeit wiederholt ausgenutzt, um wichtige Entscheidungen zu blockieren oder einen unwürdigen Verhandlungsprozess zu erzwingen. In den meisten Fällen findet die EU einen Ausweg aus diesen bedauernden Patt-Situationen, doch der Beitritt weiterer Länder mit ungelösten internen Problemen könnte für die EU neue Unsicherheiten und Schwächen mit sich bringen. Darüber hinaus wird zu einem Zeitpunkt, zu dem die derzeitigen Mitgliedsländer ihre Beiträge

senken möchten, für alle neuen Mitglieder zusätzliche finanzielle Unterstützung benötigt.

Noch dazu stellt sich das Problem der Erweiterungsmüdigkeit, die seit dem Beitritt Kroatiens im Jahr 2013 vorherrscht. Aktuelle Untersuchungen des Europäischen Rats für Auswärtige Beziehungen haben gezeigt, dass sich die öffentliche Meinung zur Erweiterung insgesamt verbessert hat, da die EU-Bürger offenbar zunehmend akzeptieren, dass die Erweiterung notwendig ist. Dennoch gibt es einige Länder, die der Erweiterung weiterhin skeptisch gegenüberstehen, darunter Österreich, die Niederlande und Deutschland.

Darüber hinaus ist in diesen und anderen Ländern ein Anstieg der populistischen – meist rechtsgerichteten – Wähler zu verzeichnen. Diese Wähler und ihre gewählten Vertreter sind weder an der Erweiterung noch an einer fortgesetzten Unterstützung der Ukraine interessiert. Selbst Länder, die die Ukraine bisher stark unterstützt haben, z. B. Polen, sind zögerlich geworden, nachdem Getreideexporte, die ihre Länder passierten, die lokalen Erzeuger oder Arbeitsgesetze in Frage stellten.

Die leicht gestiegene Unterstützung der EU-Wähler für die Erweiterung ist nicht unbedingt ein Zeichen dafür, dass der Beitrittsprozess für die Kandidaten einfach wird. Die EU als solche – und insbesondere die Kommission – muss eine Gesamtstrategie für eine erweiterte und gleichzeitig gestärkte EU entwickeln. Mehr Kreativität und neue Denkweisen sind erforderlich, um den vorwiegend technokratischen Ansatz der Erweiterung zu überwinden. Die EU muss ihren Bürgern außerdem vermitteln, warum und unter welchen Bedingungen die Erweiterung „eine geostrategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand“ sein kann.

Im Dezember 2023 unterstützte der Europäische Rat schließlich die Vorschläge der Europäischen Kommission. Viktor Orbán verließ den Raum, bevor die Abstimmung stattfand. Daher wird die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine auch innerhalb des Europäischen Rates umstritten bleiben. Die großen Aufgaben sind jedoch diese: die Länder des westlichen Balkans, die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien näher an die EU heranführen, die EU finanziell und institutionell in die Lage zu versetzen, neue und sehr unterschiedliche Mitglieder zu integrieren, und die europäischen Bürger von der Notwendigkeit der EU-Erweiterung überzeugen. Ich persönlich sehe keine Bereitschaft der Organe der Union, die Notwendigkeit der Umsetzung einer solchen umfassenden Strategie anzuerkennen.

Hannes Swoboda

S&D, Österreich (1996-2014)

office@hannes-swoboda.at

ANGEMESSENE POLITISCHE MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG VON UMWELTKOSTEN

Im Rahmen des nun abgeschlossenen Umweltgipfels, COP 28, wurde erneut die Aufmerksamkeit auf die zu bewältigenden Herausforderungen und die zu ergreifenden Maßnahmen gelenkt.

Verständlicherweise wurde dem Erfordernis, die Nutzung fossiler Brennstoffe zu verringern, große Bedeutung beigemessen. Man muss jedoch bedenken, wie schwierig es für einige Länder sein kann, in dieser Frage sofort nennenswerte Fortschritte zu erzielen, und welche schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten sich daraus ergeben könnten.

Ohne die Festlegung von Fristen in Frage zu stellen, kommt es vor allem darauf an, dass alle Länder unverzüglich Verbesserungen in einer Reihe von Bereichen vorantreiben, was in vielerlei Hinsicht Vorteile mit sich bringt, insbesondere die Verringerung der Umweltkosten.

Dies geschieht zum Beispiel in der Bauindustrie, wo Industrie- oder Wohngebäude mit besseren thermischen Eigenschaften gebaut werden können. Das Gleiche gilt für Industrieanlagen mit Maschinen, die weniger Energie verbrauchen, günstiger sind und geringere Umweltkosten mit sich bringen.

Auf einer anderen Ebene und in Anlehnung an das Beispiel Europas müssen die Energie- und Umweltkosten der großen städtischen Ballungsräume berücksichtigt werden; Schätzungen zufolge machen diese Kosten 1 % des BIP der Europäischen Union aus.

In der gegenwärtigen digitalen Welt, in der physische Nähe nicht notwendig ist, um über alle Informationen zu verfügen oder für Produkte zu werben, weisen mittelgroße städtische Gebiete das gleiche oder sogar ein höheres Maß an Effizienz auf. Die Länder in Europa mit den größten Leistungsbilanzüberschüssen, die zu den Ländern mit den größten Leistungsbilanzüberschüssen weltweit zählen, verfügen nicht über große Ballungsräume.

Der Kohäsionspolitik muss daher im Einklang mit Artikel 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) mehr Gewicht beigemessen werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wird dank einer vernünftigeren Raumplanung verbessert, was zu erheblichen Einsparungen bei den Energie- und Umweltkosten führen wird.

Ein weiterer wichtiger Bereich in dieser Hinsicht ist der Verkehr, der erhebliche Energie- und Umweltkosten verursacht, wobei etwa 30 % der gesamten Energiekosten auf den Verkehr entfallen.

Ein „einfacher“ Weg besteht darin, die Nutzung des Individualverkehrs unter Strafe zu stellen, insbesondere die Nutzung von Fahrzeugen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden.

Es besteht kein Zweifel daran, dass wir sofort zur Förderung von Fahrzeugen übergehen sollten, die mit Energie aus erneuerbaren Quellen und sauberen Energiequellen betrieben werden. Die Bereitstellung günstigerer öffentlicher Verkehrsmittel wäre jedoch zweifellos

besser als die Bestrafung derjenigen, die aufgrund ihrer persönlichen und beruflichen Situation auf ihr Fahrzeug angewiesen sind.

In diesem Zusammenhang ist es im Einklang mit den in der Europäischen Union eingeführten Maßnahmen wichtig, Schnellzüge mit deutlich kürzeren Fahrzeiten im Vergleich zum Individualverkehr zu fördern, damit sie zum bevorzugten Verkehrsmittel werden. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die verschiedenen Verkehrsträger miteinander verbunden sind, wobei die Haupteisenbahnlinien der Länder vor allem Seehäfen und Flughäfen bedienen müssen.

In den meisten europäischen Ländern gibt es dafür hervorragende Beispiele, und hoffentlich werden weitere Länder im übrigen Europa und in der Welt folgen.

Indem die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger gefördert werden, wird auch ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Umwelt in unseren Ländern und auf unserem Planeten geleistet.

Manuel Porto

ELDR, EVP-ED, Portugal
(1989-1996, 1996-1999)

mporto@fd.uc.pt

DER KOMPROMISS

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Kompromiss eines der wirkmächtigsten Mittel ist, um adäquate Antworten auf die Probleme unserer Zeit zu finden. Die Gesellschaften sind komplexer und fragmentierter geworden und weisen eine viel größere Vielfalt und Mobilität auf. Infolgedessen kommen neue Formen der Organisation auf, in deren Windschatten Regierungen unter Druck geraten, die Politikgestaltung auf neue Beteiligte auszuweiten. Eine intelligente Antwort auf diese Entwicklung lässt sich nur anhand von Kompromissen erreichen, was den Aufbau von Formen des strukturierten Dialogs und des gesellschaftlichen Konsenses voraussetzt.

Ein weiteres Merkmal der modernen Zeit ist die zunehmende Bedeutung von wechselseitigen Abhängigkeiten, sei es in finanzieller oder wirtschaftlicher Hinsicht, zwischen Märkten oder Prozessen. Das hohe Maß an wechselseitiger Abhängigkeit zwischen allem und jedem lässt die Entscheidungsprozesse komplexer werden, da unterschiedliche Arten von Interessen, bisweilen sogar gegenläufige, zu berücksichtigen sind. Eine angemessene Wahrnehmung des mit der Entscheidungsfindung verbundenen Risikos setzt ein gutes Verständnis der Beweggründe und Interaktionen zwischen den beteiligten Akteuren und den jeweiligen Interessen voraus, was nur auf der Grundlage von Dialog, Konsultation und einer Suche nach Kompromissen erreicht werden kann.

Diese unsere Zeit bringt es auch mit sich, dass Probleme im Vorfeld erkannt werden müssen. Der Reaktionsmodus – auf eine Situation erfolgt erst dann eine Reaktion, wenn sie sehr kompliziert wird –, führt zu unzureichenden und verspäteten, häufig auch zu misslungenen Reaktionen, weil die Auswahl an Möglichkeiten zum Zeitpunkt der Reaktion bereits sehr eingeschränkt ist. Diese Erkenntnis kann nur auf der Grundlage von Dialog und Konsultation und der Suche nach einem Kompromiss gewonnen werden.

In unserer Zeit sind Regierungen kaum mehr als ein weiteres Entscheidungszentrum, das Einfluss auf das Leben der Bürger nimmt. Diejenigen, die der Meinung sind, dass diese Stärke allein aus der demokratischen Legitimität herrührt, liegen falsch. Diese Stärke ist auch und in zunehmendem Maß eine Folge der Fähigkeit der Regierungen und der verschiedenen Wirtschafts- und Sozialpartner, zu interagieren und gemeinsam zu handeln. Diese Kompromissbereitschaft beim Handeln ist daher ein entscheidender Faktor für die Glaubwürdigkeit von Regierenden.

Einer der Faktoren, der mit der Suche nach Kompromissen zusammenhängt, ist die Einstellung. Ein Kompromiss setzt voraus, dass Parteien interagieren. Durch eine passive Haltung der einen oder anderen Partei wird ein Vorhaben beeinträchtigt und es den verschiedenen Beteiligten erschwert, sich an der Festlegung von Strategien oder Leitlinien über Vorstellungen für die Zukunft zu beteiligen. Folglich setzt die Beteiligung in Form eines strukturierten Dialogs eine Einstellung voraus, die sich dadurch kennzeichnet, dass man nicht bereit ist, abzuwarten, dass Dinge aufgrund der Handlungen anderer oder eines göttlichen Willens ihren Lauf nehmen.

In diesem Sinne ist die Suche nach einem Kompromiss auch weitgehend eine der authentischsten Ausdrucksformen von staatsbürgerlichem Engagement und des Bekenntnisses zu den Werten, die für die menschliche Existenz wesentlich sind, beispielsweise die Freiheit.

In unserer Zeit liegt die Macht nicht mehr bei denjenigen, die am meisten wissen oder in der Hierarchie ganz oben stehen. Die Macht gehört denjenigen, die in der Lage sind, andere zu überzeugen. Auch deswegen erweist sich die Kultur des Kompromisses als eine Notwendigkeit.

José Albino Silva Peneda

PPE-DE, Portugal (2004-2009)

silvapeda@hotmail.com

NUN BIN ICH AUCH DEUTSCHE STAATSANGEHÖRIGE: WIE VIELE HABEN DIE GLEICHE ENTSCHEIDUNG GETROFFEN?

Es war die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, eine Nacht wie jede andere in Leipzig, und meine Mutter war bereits, wie jedes andere Mädchen dieser Welt, mit einem Gutenachtkuss von meiner Großmutter Toni zu Bett gebracht worden war. Onkel Rolf, ihr älterer Bruder, lernte gerade für die Zulassungsprüfungen zum Universitätsstudium. Mein Großvater Willy hielt sich zusammen mit Onkel Herbert, dem ältesten Sohn, der bereits in das Familienunternehmen eingetreten war, beruflich in London auf. Vor der Türe lauerte bereits die Katastrophe und mit einem stürmischen Klopfen der SS-Männer offenbarte sie sich in ihrer unermesslichen Grausamkeit. Die SS-Männer führten Onkel Rolf ab – trotz der bitteren Kälte, ohne es ihm zu erlauben, einen Mantel mitzunehmen – und pferchten ihn mit Tausenden junger und älterer Juden in einen Güterzug nach Buchenwald. Von da an verließen meine Mutter und meine Großmutter das Haus nicht mehr, bis es meinem Großvater nach einigen Monaten schließlich gelang, ihre Flucht nach London zu organisieren. In einer einzigen Nacht verloren sie alles: ihr Zuhause, ihr Unternehmen, Freunde, Familie. Rolf gelang es dank der Unterstützung von Verwandten, die bereits die US-Staatsangehörigkeit besaßen und ihm ein Visum für die Einreise als Familienangehöriger organisierten, das KZ Buchenwald zu verlassen. Völlig erschöpft und kaum von einer Lungenentzündung genesen wurde er als Übersetzer zur US-Armee eingezogen und in die Feldzüge in Afrika und Italien entsendet. Für seine Tätigkeit dort erhielt er eine Reihe von Orden und Auszeichnungen. Er trug also selbst zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Faschismus bei. Nach dem Krieg lernte meine Mutter während eines Urlaubs in Italien meinen Vater kennen und die beiden heirateten. Sie wollte uns, ihren Kindern, nie von diesen Schrecken erzählen. Als ich für mein Studium und meinen Abschluss in Medizin in die USA zog und dort einige Jahre mit Onkel Rolf verbrachte, erzählte er mir die ganze Geschichte.

Nun habe ich vor einigen Monaten die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die deutsche Regierung hat sich zu dieser Geste gegenüber den Kindern jener deutschen Bürger entschlossen, denen damals alle Rechte entzogen worden waren. Artikel 116 Absatz 2 des deutschen Grundgesetzes sieht die Einbürgerung von Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit im Zuge ihrer Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime entzogen wurde, sowie von deren Abkömmlingen vor. Im Rahmen der Übergabe der Urkunde und des Reisepasses überbrachte mir der Konsul eine Entschuldigung im Namen der Regierung und erklärte sich geehrt, dass ich nun deutsche Staatsangehörige sei. Ich werde nach Leipzig reisen, zu jenem Haus, aus dem meine Angehörigen deportiert wurden, und werde sie in Gedanken fest in die Arme schließen und ihnen zuflüstern, dass ich nach Hause zurückgekehrt bin – für sie und für alle Menschen, die deportiert und verfolgt wurden. Leider geschieht das in Teilen der Welt auch heute immer noch. Manchmal scheint es, als ob die Geschichte uns nichts gelehrt habe. Ich stelle mir die Frage, wie viele Nachfahren deportierter Juden die gleiche Entscheidung getroffen haben wie ich, und bin der Ansicht, dass es für uns alle als ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments interessant sein könnte, die Antwort auf diese Frage zu kennen und zu reflektieren.

Isabella De Martini

CRE, Italien (2013-2014)

isabella.demartini@outlook.it

AKTIVITÄTEN DER VEM

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM PE

RUNDER TISCH ZU GESCHICHTE UND POLITIK DER EPRS PRÄSIDENT GIL-ROBLES: EINE HISTORISCHE BEWERTUNG

Am 6. Dezember 2023 widmete der EPRS-Dienst für die Geschichte des Europäischen Parlaments eine Podiumsdiskussion dem spanischen Christdemokraten José Maria Gil-Robles, der von 1997 bis 1999 Präsident des EP und von 2006 bis 2010 Präsident der VEM war. Das Panel umfasste Beiträge von Professor Maria Cavallaro von der LUISS-Universität in Rom sowie vom ehemaligen EP-Präsidenten Enrique Barón Crespo und dem derzeitigen Generaldirektor Jaume Duch Guillot, die beide in verschiedenen Funktionen eng mit Gil-Robles zusammengearbeitet haben.

„José Maria Gil-Robles war ein gesunder Mann. Ein Mann mit Sinn. Das ist die beste Art, José Maria zu beschreiben. [...] Wir lernten uns Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre kennen. Als die neue Generation, die nicht am Bürgerkrieg teilgenommen hatte, versuchte, in Spanien wieder ein demokratisches System und eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. [...] Wir teilten die Vorstellung, dass man zu Europa zurückkehren müsse, zu einem Europa, das seit dem Zweiten Weltkrieg, dem zweiten Bürgerkrieg zwischen Europäern im 20. Jahrhundert, an seiner Einigung arbeitete. [...] Sein Verhalten hat ihn persönlich und das Parlament geehrt. [...] Zusammen mit der Vizepräsidentin der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter, Monica Baldi, die den Ernst der Lage erkannt hatte, hatten wir das Privileg, ihn [vor seinem Tod] im Krankenhaus in Madrid zu besuchen. Es ist wichtig im Leben, sich von seinen Freunden zu verabschieden, und ich behalte [José Maria Gil-Robles] weiterhin in meinem Herzen.“

Enrique Barón Crespo

Ehemaliger Präsident des EP und der VEM
PSE, Spanien (1986-2009)

„Er hatte sich seit vielen Jahren darauf vorbereitet, Präsident des Europäischen Parlaments zu werden. [...] An dem Tag, an dem er das Amt des Parlamentspräsidenten antrat, war er von der ersten Minute an bereit, loszulegen. Er hatte die Erfahrung, die Ausbildung und alle notwendigen Kontakte und das Netzwerk. Man kann auf verschiedene Arten Präsident werden. Damals waren die meisten Präsidenschaften sehr institutionell. [Wenn die Vorsitzenden institutionell und absolut neutral waren, hatten sie am Ende immer Schwierigkeiten mit ihrer eigenen politischen Fraktion. Genau dann kann man sehen, dass diese Person wirklich die Institution verteidigt und sie schützt, weil - und das ist ganz natürlich - die Leute in der eigenen Fraktion immer denken werden, dass man irgendwann versuchen wird, sie zu bevorzugen [...] Mit José María Gil-Robles ist das nie passiert. „

Jaume Duch Guillot

Generaldirektor der GD Kommunikation im Europäischen Parlament

DEMOKRATISCHE TEILHABE UND NEUE TECHNOLOGIEN

Die Europawahlen im Juni 2024 werden wohl wegen der veränderten geopolitischen Gegebenheiten und des Einsatzes neuer Technologien, unter denen die künstliche Intelligenz besonders heraussticht, eine der entscheidendsten in der Geschichte der Europäischen Union sein.

Genau dieses Thema stand im Mittelpunkt einer Reihe von Veranstaltungen, die vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) am 6. und 7. Dezember 2023 im Europäischen Parlament in Brüssel auf der Jahrestagung organisiert wurden und bei denen es um die Förderung der demokratischen Teilhabe ging.

Die Veranstaltungen begannen mit einem Gedenken an den ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und des VEM, José María Gil-Robles Gil-Delgado, das vom Wissenschaftlichen Dienst (EPRS) in der Bibliothek organisiert wurde und bei dem Klaus Hänsch, Präsident des VEM, als Vertreter der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola die einführenden Worte an die Teilnehmer richtete. Besonders hervorheben möchte ich die Redebeiträge des ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und des VEM, Enrique Barón Crespo, der an einige wichtige Ereignisse in der Geschichte Spaniens, einschließlich der europäischen Integration des Landes, erinnert hat, und von Jaume Duch Guillot, Generaldirektor für Kommunikation und Sprecher des Europäischen Parlaments. An der von Professor Wolfram Kaiser moderierten Veranstaltung nahm außerdem Hans-Gert Pöttering, der frühere Präsident des Europäischen Parlaments und des VEM, teil.

Während des Empfangs am 6. Dezember, an dem auch der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Marc Angel teilnahm, dankte Vizepräsident Rainer Wieland im Namen von Präsidentin Roberta Metsola dem Verein für seine rege Tätigkeit im Sinne der europäischen Demokratie und hob die Bedeutung der Teilhabe an Entscheidungsprozessen, insbesondere an den bevorstehenden Europawahlen, hervor.

Diese Teilhabe ist unerlässlich, damit eine Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Institutionen möglich ist, gemeinsam Projekte durchgeführt werden können, die auf gemeinsamen Werten beruhen, und vor allem, um das europäische Aufbauwerk besser verstehen zu können, und zwar auch durch Bildungsmaßnahmen an Primar-, Sekundar- und Hochschulen sowie darüber hinaus. All dies ist Gegenstand des Buches „Participation in Europe“ (Teilhabe in Europa), das auf der Veranstaltung LIBRORUM am 7. Dezember von der ehrenamtlichen Sekretärin des VEM, Teresa Riera Madurell, vorgestellt wurde, und zu dem sich außerdem die Verfasser, prominente Teilnehmer an der Veranstaltung, Studenten sowie Präsident Hänsch mit einer Einführung äußerten. Die von Michael Hindley, dem für das Programm „EP to Campus“ zuständigen Mitglied des VEM-Vorstands, zusammen mit mir herausgegebene Publikation wurde im November vergangenen Jahres vom VEM veröffentlicht. Bei der Gelegenheit wies der Direktor des Historischen Archivs der EU, Dieter Schlenker, auf die fruchtbare Zusammenarbeit bei der Erstellung des Werkes mit Unterstützung der italienischen nationalen Agentur Erasmus+ INDIRE, vertreten durch Valentina Riboldi, hin.

Am Vormittag fand das Seminar zum Thema „Neuer technologischer Wandel: Chancen und Herausforderungen“ statt, das von Teresa Riera Madurell moderiert wurde und bei dem Paul

Rübig, Mitglied des VEM-Vorstands, das Schlusswort sprach. Großen Anklang fanden die Vorträge von Professorin Marta Cantero Gamito von der School of Transnational Governance des Europäischen Hochschulinstituts, die über das „Trilemma der Ordnungspolitik“ sprach, das sich aus dem Übergang von der menschlichen zur automatisierten Entscheidungsfindung ergibt, woran vielfältige Erwartungen geknüpft werden, sowie von Francesco Rulli, Vorstandschef der Gesellschaft für maßgeschneiderte Lösungen im Bereich der künstlichen Intelligenz QUERLO, der das Potenzial der KI unter Berücksichtigung ethischer Erwägungen und möglicher Fallstricke bei der Integration von KI in demokratische Systeme hervorhob.

Es folgten sehr anregende Wortbeiträge der Teilnehmer, ehemaligen MdEP und Studenten, einschließlich des Beraters des VEM-Vorstands, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, der die Notwendigkeit von Schutzgarantien in der Wissenschaft hervorgehoben hat, und von Präsident Pöttering, der darauf hingewiesen hat, dass Maßnahmen zum Datenschutz ergriffen werden müssen, um Missbrauch zu verhindern.

Zweifellos müssen die Chancen und Herausforderungen neuer Technologien wie künstlicher Intelligenz stets gleichermaßen berücksichtigt werden, insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf anlässlich der Wahl zum Europäischen Parlament 2024.

Monica Baldi

EVP-ED, Italien (1994-1999).

baldi.monica@email.it

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ: HAUSAUFGABEN FÜR DIE NÄCHSTE WAHLPERIODE DES EP

MdEP Marc Angel, Vizepräsident mit Zuständigkeit für IT und Telekommunikation

Mit der Annahme des Gesetzes über künstliche Intelligenz wird die Europäische Union Maßstäbe für einen globalen Rechtsrahmen hinsichtlich der Nutzung von Systemen der künstlichen Intelligenz (KI) setzen. Das Europäische Parlament spielt bei der Festlegung der Bedingungen und Grenzen für eine auf den Menschen ausgerichtete und vertrauenswürdige Nutzung von KI eine herausragende Rolle.

Wir dürfen jedoch uns jedoch nicht allzu lange auf unseren Lorbeeren ausruhen, da wir bereits mit großen Herausforderungen im Zuge des Aufkommens bahnbrechender Technologien konfrontiert werden.

Die erste „Stunde der Wahrheit“ werden die Folgen der generativen künstlichen Intelligenz und insbesondere der Deepfakes (realistisch wirkende Medieninhalte, die durch KI abgeändert, erzeugt oder verfälscht wurden) und automatisierten Falschinformationen im Internet sein, mit denen man im Laufe dieses Jahres versuchen wird, die Europawahlen zu beeinflussen. Das Vermögen unserer Institution, darauf zu reagieren, wird vermutlich im Vergleich zu den Möglichkeiten der nationalen Behörden begrenzt sein. Umso wichtiger ist es, die MdEP mit den notwendigen Ressourcen und Kenntnissen auszustatten, damit sie sich der Risiken bewusst sind und reagieren können, wenn sie von solchen Manipulationsversuchen betroffen sind.

In einer jüngsten Veröffentlichung¹ des Wissenschaftlichen Dienstes unseres Organs wurde hervorgehoben, dass laut Europol bis 2026 möglicherweise 90 % der Inhalte synthetisch erzeugt sein werden. In demselben Bericht wird festgestellt, dass Bots 2022 fast die Hälfte des gesamten Internetverkehrs ausgemacht haben. Dies ist äußerst besorgniserregend und wirft die Frage auf, ob wir nicht bereits in einer „künstlichen“ Welt leben.

Auch wenn die in der Publikation geäußerten Bedenken hinsichtlich der Zunahme von Inhalten und Bot-Kommunikation sicherlich zutreffend sind, ist es von entscheidender Bedeutung, dass auch das Potenzial der KI als Instrument zur Förderung der demokratischen Teilhabe anerkannt wird. So können die fortgeschrittenen Fähigkeiten der KI genutzt werden, um die Zugänglichkeit und Zuverlässigkeit von Informationen für alle Bürger zu verbessern. KI-gestützte Plattformen können so konzipiert werden, dass Fehlinformationen herausgefiltert werden und man sicherstellt, dass die dort gelesenen Inhalte korrekt sind. Durch Investitionen in die KI-Kapazitäten der Verwaltung des Parlaments können die Mitglieder Technologien nutzen, um eine informierte, engagierte und demokratische Gesellschaft zu fördern, in der die Technologie die menschliche Interaktion ergänzt, anstatt sie zu ersetzen.

¹ [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_IDA\(2024\)757592](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_IDA(2024)757592)

Was das KI-Gesetz selbst betrifft, so sollte unser Organ eine wichtige Rolle bei der Überwachung seiner tatsächlichen Umsetzung spielen. Bei einer auf den Menschen ausgerichtete KI hängt viel davon ab, dass das Gesetz auf Ebene der Mitgliedstaaten ordnungsgemäß umgesetzt wird. Ich würde mich daher nachdrücklich für einen Sonderausschuss einsetzen, mit dem eine angemessene Kontrolle des Sekundärrechts sichergestellt wird.

Die einzige Möglichkeit, eine wichtige Richtungsgeber auf dem Weg zu einer auf den Menschen ausgerichteten und vertrauenswürdigen KI zu bleiben, besteht auch darin, dass das Parlament bei seiner administrativen und parlamentarischen Tätigkeit zu einem kompetenten und verantwortungsbewussten Nutzer von KI-Systemen wird, denn KI kann ohne Zweifel für die Zwecke unseres Organs gewinnbringend eingesetzt werden. Wir müssen nur sicherstellen, dass wir über die richtigen Fähigkeiten verfügen und dass die Einführung von KI im EP gut gesteuert wird.

Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe IKT-Innovationsstrategie des Präsidiums habe ich die Initiative begrüßt, der Verwaltung des Parlaments eine klare KI-Strategie an die Hand zu geben, in der all diese Anliegen berücksichtigt werden.

Bei jeder KI-gestützten Initiative sollten die Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung von KI-Systemen sorgfältig bewertet und für angemessene Transparenz und Rechenschaftspflicht solcher Systeme gesorgt werden, und man sollte sich ausschließlich darauf konzentrieren, die Mitglieder in ihrem politischen Mandat zu stärken. Ein Leitungsgremium sollte außerdem dafür Sorge tragen, dass die politischen Gremien des Parlaments regelmäßig über die Entwicklung des Einsatzes von KI in der Verwaltung des Parlaments auf dem Laufenden gehalten werden.

Ein besser gewappnetes Europäisches Parlament und Mitglieder, die über fundierte Kenntnisse über KI-Systeme verfügen haben und dabei von einer sachkundigen Verwaltung unterstützt werden: die Verwirklichung dieses Ziels ist eine wichtige Aufgabe in der kommenden Wahlperiode.

Marc Angel, MdEP

Vizepräsident des Europäischen Parlaments zuständig für IKT

S&D, Luxemburg

marc.angel@europarl.europa.eu

WÄHREND DER SPANISCHEN EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT WAREN HPC UND KI WICHTIGE THEMEN

Während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft fanden im Barcelona Supercomputing Center (BSC) zwei wichtige Veranstaltungen statt: die Einweihung des neuen Hochleistungsrechners MareNostrum 5 und die VI. Gago-Konferenz zur europäischen Wissenschaftspolitik.

MareNostrum 5 gehört zu den zehn leistungsstärksten Hochleistungsrechnern der Welt. Er verarbeitet riesige Datenmengen und löst die komplexesten Rechenprobleme der Gegenwart nahezu in Echtzeit, wobei er in der Lage ist, bis zu 314 Milliarden Berechnungen pro Sekunde durchzuführen. Neben dem finnischen Lumi und dem italienischen Leonardo ist er einer der drei leistungsfähigsten Supercomputer Europas. Sie wurden gemeinsam vom Konsortium für Hochleistungsrechner der Europäischen Union (EuroHPC JU, HPC: Hochleistungsrechnertechnik, JU: Joint Undertaking) und den beteiligten Staaten finanziert. Im Falle des MareNostrum 5 waren von staatlicher Seite Spanien (über das Ministerium für Wissenschaft, Innovation und Hochschulen und die Regionalregierung von Katalonien), die Türkei und Portugal beteiligt.

Diese wichtige europäische Infrastruktur wird die Wissenschaft in allen Bereichen voranbringen, von der Entwicklung digitaler Zwillinge des Planeten Erde und des menschlichen Körpers über die Suche nach neuen Behandlungsmethoden für Krankheiten wie Krebs, die Gestaltung gesünderer und nachhaltigerer Städte, die Suche nach neuen Energiequellen und neuartigen Materialien bis hin zur Beschleunigung der Forschung durch künstliche Intelligenz.

Die 6. Gago-Konferenz zur europäischen Wissenschaftspolitik, die vom BSC mit Unterstützung von Ciência Viva, der portugiesischen Agentur für wissenschaftliche und technologische Kultur, organisiert wurde, stand ganz im Zeichen digitaler Zwillinge. Es wurde der Frage nachgegangen, wie Hochleistungsrechner und der Einsatz digitaler Zwillinge dazu beitragen können, unsere gemeinsame Zukunft in Zeiten zunehmender Unsicherheit und Instabilität zu gestalten. In diesem Zusammenhang wurden neue Formen der digitalen Beobachtung und Steuerung in den Bereichen Gesundheit, Stadtplanung und Umwelt erörtert. Dabei ging es auch um die Entwicklung und den Einsatz digitaler Zwillinge und einer verantwortungsvollen, fairen und transparenten künstlichen Intelligenz, die dazu beitragen, das kollektive Verhalten zu verändern, was zu kooperativeren und widerstandsfähigeren Gesellschaften führt. Die Gago-Konferenzen, die zu den renommiertesten internationalen Diskussionsforen zur europäischen Wissenschaftspolitik zählen, sollen eine Hommage an die Persönlichkeit und das Vermächtnis von Mariano Gago sein, der sich um die Wissenschaft in Europa verdient gemacht hat.

Während des Forums wurde das Barcelona-Manifest „Fomento de observatorios digitales globales responsables“ (Stärkung verantwortungsvoller, globaler, digitaler Observatorien) vorgestellt, das von großer Bedeutung ist, und es wurden die Gago-Preise für europäische Wissenschaftspolitik verliehen, mit denen inspirierende Führungspersönlichkeiten – Frauen und Männer – ausgezeichnet werden, die zum Fortschritt der europäischen Wissenschaft und

Technologie und damit zur Verbesserung unserer gemeinsamen Zukunft und unseres gemeinsamen Wohlstands beigetragen haben.

Mit all diesen Fragen beschäftigten sich die Teilnehmer des jährlichen Seminars, das der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments im vergangenen Dezember im Europäischen Parlament veranstaltete. An der Veranstaltung nahmen zwei hochrangige Gäste teil: Francesco Rulli, CEO des Unternehmens Querlo, das maßgeschneiderte Lösungen für künstliche Intelligenz anbietet und seinen Sitz in New York, Florenz, Dubai und Taiwan hat, und Marta Cantero Gamito, Professorin für IT-Recht an der Universität Tartu und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der School of Transnational Governance (EUI). Es war ein sehr interessantes Seminar. Diejenigen, die nicht teilnehmen konnten, können sich die Aufzeichnung des Seminars auf der Website des Vereins ansehen <https://www.formermembers.eu/event/annual-seminar-2023/> und sich die Beiträge der Referenten anhören. Das kann ich nur wärmstens empfehlen!

Zufälligerweise fand zeitgleich zum Seminar das Trilog-Treffen statt, bei dem das Parlament und der Rat eine Einigung über das Gesetz über künstliche Intelligenz der EU erzielten, das weltweit erste KI-Gesetz.

Teresa Riera Madurell

Ehrensekretärin des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments
Professorin für Informationstechnologie und KI

NAVIGIEREN AN DER KI-GRENZE: DER SCHUTZ DER DEMOKRATIE BEI DEN EUROPAWAHLEN 2024

Am 7. Dezember 2023 hatte ich die Ehre, auf dem Seminar des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) eine Rede zu dem oben genannten ungemein wichtigen Thema halten zu dürfen.

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um eine Mischung aus persönlichen Erfahrungen und den Erkenntnissen meines digitalen Zwillings, eines Chatbots auf KI-Basis, wobei eine Synthese meiner Ansichten als Mensch und als digitales Ich herausgekommen ist. Die Veranstaltung fand im Europäischen Parlament statt, wo ich mich an ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments gewandt habe. Im Anschluss an die Präsentation bot ein Mittagessen Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen, und ich habe aktiv an einer Sitzung des VEM-Vorstands teilgenommen, in der wir die Besonderheiten unserer technologischen Vorhaben erörterten.

Ich erzählte von meiner Reise nach Afghanistan, wo wie den Bau von 13 Schulen unterstützen, wobei der Schwerpunkt auf der Bildung und finanziellen Unabhängigkeit junger Frauen liegt. Damit war der Rahmen abgesteckt und die Herausforderungen, die sich durch regionale Konflikte, die Komplexität der Einwanderung und das Zeitalter der Informationsflut ergeben, wurden genannt.

Dann wandte ich mich der Welt der künstlichen Intelligenz (KI) zu und habe dabei auf ihr Zwitterwesen hingewiesen, denn sie kann Problemen wie dem der Falschinformationen Vorschub leisten, aber gleichzeitig auch einen positiven Beitrag zum gesellschaftlichen Wandel leisten. In meinen Ausführungen war ich um ein differenziertes Verständnis der Rolle der KI bei der Gestaltung unserer demokratischen Gemeinwesen bemüht.

Bei der Bewältigung der aktuellen Auswirkungen der KI bin ich auf jüngsten Vorfälle, wo die KI Informationen und die Politik beeinflusst hat, und die Auswirkungen in Echtzeit auf unsere demokratischen Prozesse beleuchtet.

So habe ich auf die Ähnlichkeiten zwischen dem Film „2001: Odyssee im Weltraum“ von Stanley Kubrick und den Aufgaben der KI von heute hingewiesen und dabei betont, dass die KI-Programmierung gründlich verstanden werden muss, damit verheerende Folgen verhindert werden, und somit an die ethische Verantwortung erinnert, die mit der Entwicklung von KI verbunden ist.

Im Hinblick auf die rasche Entwicklung der KI und ihre Auswirkungen auf Wahlen und die Gesellschaft habe ich betont, wie wichtig es ist, sich mit Fragen in Bezug auf KI und digitale Zwillinge zu beschäftigen und gleichzeitig die Gefahren in den Social Media zu mindern. In diesem Teil meiner Rede war es mein Bestreben, uns auf Herausforderungen und Chancen in einer sich wandelnden KI-Umgebung vorzubereiten.

Abschließend habe ich die Bedeutung des menschlichen Handelns und Eintretens für die Beibehaltung der Kontrolle über KI hervorgehoben und dazu aufgerufen, Maßnahmen zu

ergreifen, um KI proaktiv für demokratische Verbesserungen einzusetzen. Außerdem habe ich die Rolle von Politikern bei der Schaffung KI-gestützter digitaler Zwillinge und sicherer Kanäle für Abstimmungen bei Wahlen hervorgehoben und einen proaktiven Einsatz von KI zur Stärkung der Demokratie gefordert.

Bildung und Sensibilisierung haben sich als zentrale Faktoren erwiesen, weshalb sichergestellt werden muss, dass die Interessenträger die Konsequenzen der KI begreifen. Diese Fokussierung auf die Wissensverbreitung ist ein entscheidender Schritt zur Bewältigung des Spagats zwischen KI und Demokratie.

Ziel dieser Präsentation war es, einen Einblick in die dynamische Beziehung zwischen KI und Demokratie zu geben und dabei die Rolle des Einzelnen und der Technologie bei der Gestaltung unserer demokratischen Zukunft hervorzuheben. Am Ende habe ich schließlich einen proaktiven Ansatz für die Erprobung und Nutzung von KI-gestützten Chatbots gefordert, um deren Potenzial und Grenzen verstehen zu können. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg zu einer widerstandsfähigen und sachkundigen demokratischen Gesellschaft ebnen.

Ich möchte Frau Isabella DeMartini für ihre einführenden Worte über den VEM, Frau Monica Baldi für ihre Gastfreundschaft und ihre Führungsqualitäten sowie Frau Elisabetta Fonck und ihrem engagierten Team für die Unterstützung und Koordinierung meiner Teilnahme an dem Seminar in Brüssel herzlich danken. Darüber hinaus danke ich allen geschätzten VEM-Mitgliedern, die bei meinen Vorträgen mit mir zusammengearbeitet haben und mich mit ihren Fragen und Kommentaren inspiriert und mir wertvolle Einblicke in das Europäische Parlament und seine Entscheidungsprozesse ermöglicht haben.

Francesco Rulli

CEO des Unternehmens Querlo, das auf personalisierte Lösungen für künstliche Intelligenz spezialisiert ist.

fr@querlo.com

DAS POLITISCHE TRILEMMA DER TECHNOLOGIE-VERWALTUNG

Präsentation auf dem jährlichen Seminar des VEM, Europäisches Parlament (7. Dezember 2023)

Künstliche Intelligenz (KI) hat unser kollektives Interesse geweckt, da wir uns bemerkenswerte Effizienzgewinne und Durchbrüche in verschiedenen Bereichen davon versprechen und weil sie gleichzeitig erhebliche Risiken und Herausforderungen mit sich bringt. Diese Dichotomie führt zu der dringenden Frage, welches Modell der KI-Steuerung sowohl wünschenswert als auch erreichbar ist.

Auf der Grundlage von Rodriks Trilemma der globalen wirtschaftlichen Integration anlässlich des jährlichen Seminars 2023 des VEM mit dem Titel „Neuer technologischer Wandel: Chancen und Herausforderungen“ am 7. Dezember habe ich das politische Trilemma der Technologie-Verwaltung vorgeschlagen. In diesem Trilemma wird das komplexe Zusammenspiel zwischen Staat, Gesellschaft und Marktkräften beim technologischen Fortschritt veranschaulicht und darauf hingewiesen, dass ein weltweit stimmiges System der KI-Steuerung äußerst komplex ist. Demnach ist davon auszugehen, dass es nicht gleichzeitig möglich ist, eine globale KI-Steuerung zu erreichen, die nationale Souveränität zu wahren und demokratische Werte zu fördern. In der Debatte im Zusammenhang mit der Verwaltung des Internets versucht man ein Modell zu finden, bei dem Forderungen nach einer hypervernetzten Gesellschaft die unbekanntenen Folgen [bahnbrechender Technologien für die Gesellschaft und Demokratie nicht außer Acht zu lassen](#).

So zielt die digitale Souveränität beispielsweise darauf ab, die Kontrolle wiederzuerlangen, was in ihrer extremen Form bedeuten kann, dass Unternehmen, die Spitzentechnologien der KI entwickeln, verstaatlicht werden müssen. Dies birgt jedoch Risiken, insbesondere in undemokratischen Nationen, wo solch eine Entwicklung zu Autoritarismus und der Beschneidung individuelle Freiheiten führen kann. Für Regionen wie Europa ist es von entscheidender Bedeutung, eigene KI-Modelle zu entwickeln, die durch Regulierung und eine auf den Menschen ausgerichteten Gestaltung geleitet werden.

Der geopolitische Wettbewerb verschärft sich, da die Nationen um eine Führungsrolle bei der Entwicklung und Nutzung von KI miteinander konkurrieren, was dazu führt, dass die Rolle der Nationalstaaten umgestaltet wird. Märkte und Privatunternehmen werden zunehmend zu entscheidenden geopolitischen Akteuren, denn sie tragen maßgeblich zum technologischen Fortschritt bei, gleichzeitig kann man sich auf eine Regelung von privater Hand zur Wahrung der individuellen Rechte jedoch nicht verlassen.

Es lohnt sich einen Blick auf generative KI zu werfen, das heißt auf Systeme, die hochentwickelte und originelle Textinhalte bis hin zu künstlerischen Werken produzieren können. Diese Systeme geben Anlass zur Sorge im Hinblick auf die Methoden des Trainings der KI, insbesondere wenn es um urheberrechtlich geschütztes Material und personenbezogene Daten geht. Generative KI hat das Potenzial, demokratische Prozesse zu verändern, indem sie die Bürgerbeteiligung stärkt und für einen stärker fundierten öffentlichen Diskurs durch Datenanalyse und maßgeschneiderte Kommunikation sorgt. Sie

birgt jedoch auch Risiken wie das zunehmende Aufkommen von Deepfakes und Desinformation, die das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben können.

Wir befinden uns inmitten eines tiefgreifenden Wandels, denn es geht um die Demokratisierung generativer KI-Instrumente wie ChatGPT und der vielen anderen Produkte, die in den vergangenen Monaten auf den Markt gekommen sind. Diese Entwicklungen werfen Fragen auf im Hinblick darauf, was wir von den Maschinen, aber auch von unseren Gesetzgebern erwarten.

Für den EU-Gesetzgeber besteht eine große Herausforderung darin, den „Brüsseler Effekt“ beizubehalten, d. h. hohe Standards festzulegen, die dann häufig zu globalen Referenzwerten werden. Ein wichtiger Teil dieser Herausforderung besteht darin, auf globaler Ebene Gespräche mit allen maßgeblichen Akteuren und Interessenträgern zu führen und für eine sinnvolle Beteiligung der Zivilgesellschaft zu sorgen. Wie stellen wir sicher, dass die Teilhabe nicht nur symbolisch erfolgt, sondern auch wirkungsvoll und sinnvoll ist?

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine verantwortungsvolle KI-Steuerung nicht nur ein Weg der Politikgestaltung ist, vielmehr handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess, der sich an den immer rascheren technologischen Wandel mit polyzentrischen Machtsphären anpassen muss. Ein Steuerungsmodell unter Beteiligung aller Interessenträger ist trotz seiner Grenzen nach wie vor die beste Lösung, wenn es darum geht, den unablässigen technologischen Wandel in Bahnen zu lenken. Wir dürfen jedoch das Fehlen von Technologie als politisch umstrittenes Thema im gesellschaftlichen Diskurs und bei Wahlen nicht ignorieren. Zudem kann man sich bei einer solchen Steuerung, die letztendlich auf eine Abschaffung der Politik abzielt, fragen, ob der jeweilige Input noch legitim ist. Daher ist eine starke unabhängige und demokratische Kontrolle von entscheidender Bedeutung, um sich in diesem Trilemma zurechtzufinden und den Kurs unserer hypervernetzten Zukunft verantwortungsvoll zu steuern.

Marta Cantero Gamito

Professorin für Recht der Informationstechnologie (Universität Tartu) und
Forschungsstipendiatin (School of Transnational Governance, EUI)

TEILHABE DER JUGEND IN EUROPA: EINE INNENSICHT

Im Europäischen Parlament hat jeder Bürger ein Mitspracherecht. Dies ist nicht nur eine Parole, da wir – zwei gewöhnliche Studentinnen – nicht nur während der letzten Librorum-Veranstaltung des VEM, sondern auch in Form dieses Artikels die Möglichkeit bekommen haben, über die Teilhabe junger Menschen in Europa zu sprechen.

Im Anschluss an die von Michael Hindley bei der Veranstaltung angesprochenen Ideen möchten wir zunächst sagen, dass wir als Teil der Generation Z das Privileg hatten, in einer Zeit aufzuwachsen, in der das europäische Projekt bereits in vollem Gange war. Dadurch vergisst man leicht, was vorherige Generationen erst einmal erleiden mussten, um dann ein demokratisches Europa ohne Grenzen aufzubauen, in dem wir heute leben.

Es besteht daher die Gefahr, dass die europäische Jugend die Rolle der Europäischen Union als selbstverständlich erachtet, sich gleichgültig zu ihr verhält und die unzähligen Vorteile, die sie für unser tägliches Leben mit sich bringt, übersieht. Wir glauben, dass die Ursache dafür die mangelnde Sichtbarkeit der EU bei jungen Menschen ist.

Im Jahr 2022 haben 84 % der 16- bis 29-Jährigen in der EU laut [Eurostat](#) täglich das Internet zur Beteiligung in den Social Media zu nutzen. Auf diesen Plattformen ist es äußerst selten, dass dort Inhalte auftauchen, die sich in irgendeiner Weise auf die EU beziehen. Zwar können die Bürger auf den offiziellen Websites der EU alle Arten von Informationen abrufen, doch sollte man die Menschen sich in erster Linie durch gezielte Kommunikation auf den wichtigsten Medienplattformen ansprechen, um ihre Neugier für europäische Initiativen zu wecken. Insbesondere sollte das Ziel darin bestehen, diejenigen zu erreichen, die bislang an der EU nicht interessiert sind oder mit dem europäischen Projekt überhaupt nicht vertraut sind.

Zum Beispiel kennen viele das Programm Erasmus+ dank der massiven Werbung an europäischen Hochschulen, dasselbe gilt aber nicht für die meisten auf die Jugend ausgerichteten Projekten, die die EU auf den Weg gebracht hat, wie DiscoverEU oder das Europäische Solidaritätskorps, eher durch Mund-zu-Mund-Propaganda beworben werden. Die EU sollte diese Kommunikationsmittel daher stärker zu ihrem Vorteil nutzen und sich bewusst sein, dass sie es selbst in der Hand hat, ihr eigenes Narrativ neu zu gestalten und es so anzupassen, dass es auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten wird.

Auch wenn es von entscheidender Bedeutung ist, kritisch darüber nachzudenken, was beim Prozess der Einbeziehung junger Menschen verbessert werden muss, sollten wir den anhaltenden Erfolg der EU nicht kleinreden, wenn es darum geht, ein Hoffnungsträger für viele junge Europäer zu bleiben. Dies ist erstens dank aller bereichernden Möglichkeiten der Fall, die wir heute als selbstverständlich erachten, die aber in der Vergangenheit ausschließlich für Eliten zugänglich waren, wie z. B. ein Auslandsstudium. Zudem sind wir während unseres gesamten Lebens bereits mit zahlreichen globalen Krisen konfrontiert worden, was uns veranlasst hat, ein wachsendes Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass wir zusammenarbeiten müssen, um die künftigen Herausforderungen bewältigen zu können. Bei

all diesen immens wichtigen Themen kommt der EU eine Schlüsselrolle zu, und wir werden daran erinnert, dass wir umso stärker sind, je geeinter wir sind.

Abschließend möchten wir hervorheben, was uns Monica Baldi während der Librorum-Veranstaltung des VEM auf die Fahnen geschrieben hat, nämlich, dass die Teilhabe junger Menschen in Europa nicht nur in den kommenden Monaten, sondern vor allem auch nach den diesjährigen Europawahlen im Mittelpunkt der Diskussionen bleiben muss. Denn schließlich handelt es sich um ein langfristiges Projekt, das bei richtiger Umsetzung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten wird, dass die Menschen in der EU einander näherkommen.

Rosa Ginepro

Studentin an der KULeuven Universität, Belgien.

gineprorosa@gmail.com

Anna Zanini

Ehemalige Studentin an der Universität Maastricht, Niederlande.

annazanini2001@gmail.com

SCHUMAN-PRAKTIKUM UND REISE NACH STRASSBURG

Ich habe ein Schuman-Praktikum beim Verein der ehemaligen Mitglieder (VEM) des Europäischen Parlaments absolviert. Dabei hatte ich die einzigartige Gelegenheit, im Rahmen einer Dienstreise an der Plenartagung des Europäischen Parlaments im Jänner 2024 teilzunehmen. Die meisten Praktikantinnen und Praktikanten erhalten die Möglichkeit, an einer solchen organisierten Fahrt nach Straßburg teilzunehmen, um die Funktionsweise des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren besser kennenzulernen. Durch den Besuch konnte ich auch viele andere Praktikantinnen und Praktikanten treffen, die nicht in Brüssel, sondern in Luxemburg oder in einem der zahlreichen Verbindungsbüros in ganz Europa arbeiteten. Es war großartig, mit diesen Kollegen Erfahrungen und Meinungen auszutauschen.

Während der Dienstreise hatten wir Praktikanten die Gelegenheit, das Parlamentsgebäude in Straßburg zu besuchen und an einer Führung teilzunehmen. Dabei erhielten wir viele Informationen über den Parlamentssitz in Straßburg sowie über dessen Geschichte und Aufgabe. Einmal mehr wurde deutlich, warum es wichtig ist, dass das Parlament einmal im Monat nach Straßburg reist, um die europäische Einheit zu stärken.

Außerdem erhielten wir während des Besuchs die wunderbare Gelegenheit, sowohl den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als auch den Europarat zu besuchen. Dank dieser Besuche konnten wir besser nachvollziehen, wie diese unterschiedlichen und essentiellen internationalen Organisationen mit der Europäischen Union zusammenarbeiten. Besonders interessant war es, die Unterschiede in den Arbeitsweisen einer supranationalen Organisation wie dem Europäischen Parlament und denen einer stärker zwischenstaatlichen Organisation wie dem Europarat zu sehen. Zwar sind beide europäisch, arbeiten aber sehr unterschiedlich und konzentrieren sich auf verschiedene Prioritäten, sodass sie einander in dieser Hinsicht ergänzen. Darüber hinaus trafen wir Vertreter der Europäischen Bürgerbeauftragten, die uns die Aufgaben und Herausforderungen dieser besonderen Einrichtung erläuterten. Wir erhielten Einblicke in den Ablauf von Untersuchungen durch die Bürgerbeauftragte und erfuhren, wie ihre Arbeit zum reibungslosen Funktionieren der Europäischen Union insgesamt beiträgt.

Nicht zuletzt konnte ich in Straßburg vom Besucherbereich aus mehrere Plenardebatten verfolgen. Es war besonders beeindruckend zu sehen, wie europäische Politik gemacht und umgesetzt wird. Die Plenardebatten sind immer vielfältig und betreffen viele unterschiedliche Politikbereiche, die von sozialen Fragen bis hin zu auswärtigen Angelegenheiten reichen. Es ist besonders eindrucksvoll, zu beobachten, wie Politiker mit unterschiedlichem sozialen, kulturellen und nationalen Hintergrund zusammenarbeiten und versuchen, Kompromisse und gemeinsame Lösungen zu finden. Ich bin sehr dankbar, dass ich diese Gelegenheit während meines Praktikums erhalten habe.

Ich kann jungen Bürgerinnen und Bürgern sowie jungen Berufstätigen nur empfehlen, ein Schuman-Praktikum beim VEM zu absolvieren. Es war eine phantastische Erfahrung, sowohl auf fachlicher als auch auf persönlicher Ebene. Der VEM bietet einen einzigartigen Einblick in die laufende Arbeit des Europäischen Parlaments und zeigt gleichzeitig, welchen Beitrag

ehemalige Mitglieder leisten, die weiterhin aktiv bleiben und zum europäischen Projekt beitragen möchten. Die Teilnahme an der Reise nach Straßburg war ein besonderes Erlebnis und eine Ehre. Ich möchte abschließend alle ermutigen, das Europäische Parlament in Straßburg zu besuchen, um das gesamte Spektrum der Tätigkeiten des Parlaments zu kennenzulernen.

Lisa Claire Reichert

Schuman-Praktikantin der VEM von September 2023 bis Januar 2024

AUSSPRACHE MIT STUDIERENDEN IN MANIPAL, INDIEN

Am 15. November hatte ich zum ersten Mal die Gelegenheit, als ehemaliges MdEP einen Vortrag zu halten und über Teams Studierende der indischen Manipal Academy of Higher Education zu treffen.

Das von den Studierenden gewählte Thema des Vortrags war die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament. Das Thema ist anspruchsvoll, da es immer schwierig ist, das Wahlergebnis vorherzusehen. Zunächst erläuterte ich, wie die Wahl organisiert wird und welche Auswirkungen die Europawahl insgesamt hat.

Die Studierenden hatten sich im Vorfeld gründlich mit EU-Angelegenheiten auseinandergesetzt und stellten sachkundige Fragen. Sie waren sogar in der Lage, Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission zu nennen. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, wie der Kommissionspräsident gewählt wird.

Nach Abschluss der Debatte fragte ich mich, warum gerade die Wahl des Kommissionspräsidenten auf ein so großes Interesse stieß. Dieses Interesse könnte darauf zurückzuführen sein, dass es in Indien 36 Bundesstaaten bzw. Unionsterritorien gibt. So haben die Studierenden möglicherweise einen Vergleich zu ihrem Land gezogen und überlegt, welchen Einfluss die Bundesstaaten und Unionsterritorien bei ihnen auf die Wahl der indischen Regierung und des indischen Premierministers haben. Mit einer Bevölkerungszahl von 1,428 Milliarden Menschen ist Indien die bevölkerungsreichste Demokratie der Welt. Das Parlament ist mit 543 Sitzen hinsichtlich der Mitgliederzahl kleiner als das Europäische Parlament.

Selbst kleine Vortragsveranstaltungen wie diese schaffen eine gute Basis für die Zusammenarbeit zwischen Indien und der EU. Ich habe darüber nachgedacht, ob wir, die Bürger und Bürgerinnen der EU, ein ebenso großes Interesse an Indiens Angelegenheiten und Wahlen haben. Ich glaube, wir Europäer sind eher introspektiv und egozentrisch. Wir erwarten von den Indern, dass sie die EU-Mitgliedstaaten beim Namen kennen – zumindest unser Heimatland. Aber kennen wir die Namen der 36 Bundesstaaten bzw. Unionsterritorien Indiens?

Bei der Vorbereitung des Vortrags habe ich versucht, die Fragen vorzusehen. Das Gespräch mit den Jungen Menschen war sehr bereichernd.

Gleichzeitig hat es mein Interesse an Indien und seiner Demokratie gesteigert. Demokratien unterscheiden sich voneinander.

Die Abhaltung der riesigen Wahl in Indien dauert fünf Wochen, und es gibt mehr als 10 Millionen Wahlhelfer. In Indien ist alles groß.

Anneli Jäätteenmäki

ADLE, Finnland (2004-2019)

EU-UMWELTPOLITIK VON AUSSEN BETRACHTET: EIN ONLINE-SEMINAR MIT STUDIERENDEN AUS MACAU (CHINA)

Prof. Paulo Canelas de Porto, Direktor des Instituts für Europastudien der Universität Macau, veranstaltete dieses Jean-Monnet-Seminar als Gelegenheit für chinesische Studierende, die sich für globale Rechtsangelegenheiten interessieren, um über die Klimapolitik der EU, ihre historische Entwicklung, die wichtigsten Ziele, die verschiedenen Schlüsselmaßnahmen, die zu ihrer Umsetzung ergriffen werden, und das Zusammenspiel der EU mit anderen globalen Partnern bei der Bekämpfung des Klimawandels zu erfahren.

Die 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die mehrheitlich eine Promotion oder ein Masterstudium absolvierten, nehmen an Programmen zum europäischen, internationalen und vergleichenden Recht teil. Wir konnten also ein anspruchsvolles Diskussionsniveau erwarten.

Es folgt meine kurze Einführung mit einigen Meilensteinen der historischen Entwicklung. Die Umweltpolitik der EU begann 1974 mit dem Forum nichtstaatlicher Organisationen „Europäisches Umweltbüro“, dem heute 160 nichtstaatliche Umweltorganisationen aus 35 Ländern angehören. Dies geschah kurz nach der ersten Umweltkonferenz der VN 1972 in Stockholm. 1994 wurde die Europäische Umweltagentur als Teil der EU-Institutionen gegründet. Ein entscheidender Schritt war die Richtlinie über sauberes Wasser, die 1998 in Kraft trat und seither weiterentwickelt wurde – eine komplexe Rahmenrichtlinie. Nach der Pariser Klimaschutzkonferenz der Vereinten Nationen 2015 beschloss die EU, bis 2050 klimaneutral zu werden. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität ist der europäische Grüne Deal aus dem Jahr 2019. Neue Gesetze über saubere Luft, die Renaturierung landwirtschaftlicher Flächen und Lärmverschmutzung werden erörtert.

Die Debatte mit den Teilnehmenden war sehr lebhaft. Eine der ersten Fragen war, warum die Umweltgesetzgebung nicht einheitlicher, sondern in verschiedene Politikbereiche zersplittert ist. Meine einzige Anmerkung zu dieser Frage lautet: Die EU ist als institutionelles System viel komplexer als nationale Systeme, und Kompromisse sind von grundlegender Bedeutung, um gemeinsame Entscheidungen zu finden ...

Die Teilnehmenden waren nicht nur an der Gesetzgebung und praktischen Aspekten mit direktem Bezug zur Umwelt interessiert, sondern auch daran, wie die EU den Übergang der Wirtschaft zur Erreichung der Klimaziele unterstützt. Zur Verringerung der CO₂-Emissionen führte die EU 2005 das „Emissionshandelssystem“ (EHS) ein, das zum ersten und immer noch größten CO₂-Markt wurde und als politisches Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels dient. Darüber hinaus wurden neben den Strukturfonds neue Fonds eingerichtet: Mit dem Fonds für einen gerechten Übergang und dem Aufbauinstrument der Europäischen Union sollen rund 17,5 Mrd. EUR durch öffentliche und private Investitionen mobilisiert werden, um den umfassenden Übergang unserer Gesellschaften zu unterstützen.

Birgit Daiber

V, Deutschland (1989-1994)

bir.dai@hotmail.com

PROGRAMM „EP TO CAMPUS“ – UNIVERSITÄT VALLADOLID (SPANIEN) – 1. DEZEMBER 2023

KONFERENZ ÜBER DIE WAHL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT IM JUNI 2024 UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DEN ALLTAG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER. MÖCHTEN SIE SICH EINBRINGEN?

Die Ausübung des Wahlrechts: warum wollen wir wählen?

Die Hauptaufgabe eines politischen Vertreters besteht darin, zu dienen, und zwar in einem doppelten Sinn: im Dienst zu stehen und nützlich zu sein. Und ich glaube aufrichtig, dass meine Teilnahme als Rednerin bei der Konferenz über die Europawahl 2024 vor rund fünfzig Studenten und Akademikern an der Universität von Valladolid hierfür eine wertvolle Gelegenheit war. Denn wir konnten die Entwicklung der politischen Landschaft seit der Europawahl 2019 erörtern, bei der die Rekordbeteiligung an der Wahl (50,9 % gegenüber den 42,6 % im Jahr 2014) maßgeblich auf die Teilnahme junger Menschen zurückzuführen war. Und wir konnten deren zentrale Rolle bei der Entscheidungsfindung näher beleuchten. Der Anteil der Wähler im Alter von 18 bis 24 Jahren hat erheblich zugenommen, was signifikant zum allgemeinen Anstieg der Wahlbeteiligung beitrug. Diese Bevölkerungsgruppe hat ein neuerliches Interesse an der Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene gezeigt, was einen positiven Wandel in Bezug auf die Wahrnehmung der politischen Teilhabe junger Menschen bewirkt.

Es ist wichtig hervorzuheben und festzuhalten, dass, auch wenn die konkreten Daten von Land zu Land variieren, die Tendenz im Allgemeinen auf ein wachsendes politisches Bewusstsein und Engagement der europäischen Jugend bei der Wahl im Jahr 2019 schließen lässt. Dieses Phänomen macht deutlich, wie wichtig es ist, junge Menschen in demokratische Prozesse einzubinden und ihre Fähigkeit anzuerkennen, den politischen Kurs in Europa nennenswert zu beeinflussen.

Dank einer sehr regen Publikumsbeteiligung hatte ich das Privileg, die Vielzahl an Regelungen in den EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf die Wahlpflicht und das Mindestwahlalter zu erkunden, wobei die Bedeutung einheitlicher Kriterien zur Stärkung der europäischen Demokratie offensichtlich wurde. In Österreich, Malta, vier deutschen Bundesländern und Belgien darf bei der Europawahl ab dem 16. Lebensjahr gewählt werden (in Griechenland ab dem 17. Lebensjahr). In Luxemburg, Belgien, Bulgarien und Griechenland gelten Gesetze, nach denen Geldstrafen oder Sanktionen für Bürger vorgesehen sind, die sich nicht an der Wahl beteiligen. Durch den Austausch aktueller Informationen zu diesem Thema ist es möglich, Stellung zu den rechtlichen Änderungen, die sich auf die Stimmabgabe auswirken, zu nehmen und mit Irrtümern und Legenden rund um das Interesse junger Menschen an der Politik aufzuräumen.

Darüber hinaus stellten wir Überlegungen über die grundlegenden Reformen an, die in dem Vorschlag für neue Vorschriften für die Wahl zum Europäischen Parlament enthalten sind, etwa die Einführung eines einheitlichen Wahlkreises, die Stärkung europäischer Parteien,

Anpassungen beim Alter für das passive und aktive Wahlrecht sowie die Festlegung des 9. Mai als einheitlichen Termin für die Europawahl ab dem Jahr 2029.

Als europäische Bürgerinnen und Bürger stehen wir in der nächsten Wahlperiode vor grundlegenden Herausforderungen, angefangen bei der Konsolidierung der europäischen Einheit über das Krisenmanagement bis hin zur Förderung der Bürgerbeteiligung. Diese Herausforderungen erfordern einen kooperativen und visionären Ansatz, um eine stabile Zukunft für die EU zu gewährleisten. Und selbstverständlich zivilgesellschaftliches Engagement und das anhaltende Interesse junger Menschen an der europäischen Politik. Denn es sind die jungen Menschen, die etwas bewirken, indem sie die (bescheidenen) Verpflichtungen der Konferenz zur Zukunft Europas aufgreifen und weiterführen: hin zu einem neuen Europäischen Konvent, der geboten wäre.

Beatriz Becerra

ADLE, Spanien (2014-2019)

beatrizbecerra66@gmail.com

DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EU UND JAPAN IST EINE GUTE GELEGENHEIT, VONEINANDER ZU LERNEN.

Auch wenn das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan noch in Arbeit ist, hört die langjährige wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan nicht auf. Ein Beispiel dafür ist die Setsunan-Universität in Osaka, an der rund 9500 Studenten studieren. Die Wirtschaftsfakultät organisierte kürzlich im Rahmen des EP to Campus-Programms eine Vorlesung mit dem Titel „The Best Energy Mix for the EU“. Als aktives Mitglied der FMA, ehemaliges Mitglied des ITRE-Ausschusses für ein Jahrzehnt und als vom EP gewähltes Mitglied des ACER-Verwaltungsrates war es mir eine Ehre, einer der Redner bei der Online-Veranstaltung am 11. Dezember zu sein.

Zu Beginn der Vorlesung gab Prof. Dr. Takashi Yanagawa, Dekan der Fakultät, eine Einführung und erklärte, dass es immer gut sei, Politiker und Politik aus anderen Ländern zu sehen. Die Fakultät will weltoffen sein, was auch auf ihrer Website deutlich zum Ausdruck kommt: „Wir bieten drei professionelle Kurse an, nämlich ‚Internationale Wirtschaft‘, ‚Regionale Wirtschaft‘ und ‚Tourismusbirtschaft‘, und ermutigen die Studenten, die Wirtschaft sowohl aus lokaler als auch aus globaler Perspektive zu analysieren. Von den Studenten wird erwartet, dass sie durch diese Kurse zu professionellen Ökonomen werden.“(<http://www.setsunan.ac.jp/english/faculty/keizai/>)

Der Vortrag erläuterte die Fortschritte der Europäischen Energieunion seit 2007 - dem ersten SET-Plan und 2008, als die EU ihre erste Unterbrechung des Gasflusses erlebte. Seitdem haben sich die EU-Energiepolitik und der Energiesektor stark verändert. Die Umkehrung des Gasflusses wurde erreicht und hat sich als entscheidender Erfolgsfaktor erwiesen, insbesondere im letzten Winter. Das globale Engagement der EU für die Ökologisierung des Energiesektors und die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger läuft weiter und ist mehr oder weniger auf Kurs. Das ursprüngliche Trilemma (nachhaltig, erschwinglich und vielfältig) ist zwar immer noch da, aber es kann erreicht werden. Während das Unmögliche möglich gemacht wurde, litt die EU-Wirtschaft, insbesondere der KMU-Sektor, unter den hohen Preisen. Andererseits sind Investitionen in den Energiesektor zwar notwendig, aber für die Investoren nicht unbedingt eine gute Wahl. Die sich schnell entwickelnden Technologiesektoren wie die Digitalisierung und der Datensektor sind starke Konkurrenten, um Investitionen anzuziehen. Die Gesetzgeber haben eine Rolle zu spielen. Die EU und Japan haben als Mitglieder der G7 eine Rolle zu spielen und sollten beweisen, dass wir Teil der Lösung und führend im Handeln sind.

Es war erstaunlich, dass über 130 Studenten zuhörten und sich Notizen machten. Ich erlebte Interesse und Anerkennung dafür, dass die EU den sehr schnellen Übergang von russischem Gas zu alternativen Quellen bewältigen und eine massive Ökologisierung des Sektors vorantreiben könnte. An der Universität gibt es mehr männliche als weibliche Studenten, und deshalb war es gut, dass die weiblichen Studenten Fragen zu den komplexen und langwierigen Entscheidungsprozessen stellten. Ich erläuterte die Art der Entscheidungsfindung in der EU und zitierte mein afrikanisches LieblingsSprichwort: „Wenn du schnell gehen willst, geh allein; wenn du weit gehen willst, geh gemeinsam“.

Einige Studenten sagten danach: „Der Vortrag war sehr klar und informativ“.

Der Erfolg von EU to Campus hängt von den Teams ab, die dahinter stehen. In diesem Fall war es eine Zusammenarbeit von drei Teams:

Aus Japan: Professor Kubo Hiromasa, der auf eine langjährige Zusammenarbeit mit Europa zurückblicken kann, ist Mitglied und ehemaliger Vorsitzender der EUSA-JAPAN (European Union Studies Association in Japan), einer akademischen Mitgliederorganisation für Akademiker, Studenten und Praktiker, die an allen Aspekten der Europäischen Union interessiert sind. Er ist Mitautor des Buches „EU-Japan Security Relations: Trends and Prospects“ (2018). Darüber hinaus ergänzte der Dolmetscher die Erfahrungen der Studierenden.

Von der EU: Ich habe vom ACER-Team und dem Direktor Herrn Christian Zinglensen einige sehr aktuelle Literatur und Folien erhalten, und natürlich möchte ich dem FMA-Team dafür danken, dass es das Programm „EP to Campus“ über die Jahre hinweg fortgesetzt hat.

Edit Herczog

S&D, Ungarn (2004-2014)

mrs.edit.herczog@gmail.com

BUCHKRITIK

PICTURING THE DPRK

von Glyn Ford, veröffentlicht von Spokesman Books (Dezember 2023)

Wenn Sie sich Nordkorea vorstellen sollen, denken Sie vielleicht an Kim Jong Un, der den Start einer Test-Atomrakete beobachtet, oder an eine Militärparade in Pjöngjang, oder Sie erinnern sich an Bilder aus dem Korea-Krieg. Abgesehen von diesen Bildern und angsteinflößenden Geschichten über politische Gegner, die an Hunde verfüttert werden, wissen nur wenige Europäer viel über Nordkorea und noch weniger haben es besucht.

Glyn Ford kennt Nordkorea oder die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) besser als die meisten anderen und kann mit Fug und Recht behaupten, zu den wenigen Experten zu gehören, die sich weltweit mit diesem Thema beschäftigen. Wie er in diesem faszinierenden zweisprachigen Buch (Englisch und Koreanisch) darlegt, hat er die Demokratische Volksrepublik Korea seit über 25 Jahren besucht und dabei rund fünfzig Besuche durchgeführt.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1948 wird die DVRK von der Kim-Familie regiert, die vom ersten Staatschef Kim Il. Sung über seinen Sohn Kim Jong Il und dessen Enkel Kim Jong UN, dem heutigen Obersten Führer, abstammt. Über die Kim-Familie ist viel geschrieben worden, oft im Zusammenhang mit der harten Behandlung von Dissidenten, Menschenrechtsverletzungen und militärischem Abenteuerum. In diesem Buch geht es nicht um sie, sondern um die einfachen Menschen in der DVRK. Glyn selbst hat in Zeitungen und akademischen Zeitschriften ausführlich über die DVRK geschrieben und in einem früheren Buch „Talking to North Korea“ einen möglichen Ausweg aus der Dauerkrise skizziert, in der der Westen und Nordkorea gefangen zu sein scheinen.

In diesem Buch lässt Glyn die Bilder für sich selbst sprechen. Mit wenig Kommentar gibt er einen faszinierenden Einblick in das Leben nördlich des 38. Breitengrades. Kinder im Zoo, beim Spielen am Strand und beim Besuch des Kumgang-Gebirges gehören zum Alltag im sogenannten Einsiedlerkönigreich. Die Bedeutung der Bildung wird in zahlreichen Fotos festgehalten, die moderne Einrichtungen zeigen, und auf einem Foto sind elegant gekleidete Universitätsstudenten zu sehen, die in der koreanischen Hitze offensichtlich schwitzen.

Das Buch verschweigt nicht die Probleme, mit denen die DVRK konfrontiert ist, die je nach Sichtweise das Ergebnis der westlichen Sanktionen oder der wirtschaftlichen Misswirtschaft der drei Generationen der Kim-Familie sind. Bierflaschen, die in einem Krankenhaus für behelfsmäßige Infusionen verwendet werden, zeigen den gravierenden Mangel an medizinischer Ausrüstung, Männer, die ein Auto ohne Treibstoff schieben, sind eine Anspielung auf die Tatsache, dass es nur wenige Tankstellen gibt, und der Empfangsbereich des unvollendeten Ryugyong-Hotels, dessen Bau 1987 begonnen wurde und dessen Arbeiten zwischen 1992 und 2008 unterbrochen wurden, während die Außenfassade 2011 fertiggestellt und noch nicht eröffnet wurde, verdeutlicht den Mangel an Baumaterial. Die

Demokratische Volksrepublik Korea steht also vor großen Herausforderungen, zu denen nicht zuletzt die angemessene Ernährung ihrer 26 Millionen Männer, Frauen und Kinder gehört, wie die unterernährten Kinder zeigen, die während der Hungersnot in Waisenhäusern hungern.

Dennoch versucht Glyn zu zeigen, dass sich das Leben im Eremiten-Königreich gar nicht so sehr vom Leben in unzähligen anderen Teilen der Welt unterscheidet. Wenn der Westen auf die jüngsten kriegerischen Äußerungen Pjöngjangs überreagiert oder das nukleare Patt zu einer offenen Konfrontation führt, sind es die gewöhnlichen Menschen in der DVRK, die ihrem Alltag nachgehen, die leiden werden.

Nach der Lektüre dieses Buches könnte das nächste Mal, wenn Ihnen ein Bild der DVRK in den Sinn kommt, ein Delfinarium in Pjöngjang, das Skigebiet Masikryong oder der Wasserpark Munsu sein.

David Martin

S&D, Vereinigtes Königreich (1984-2019)

dmartinmep@yahoo.co.uk

VEM AM ARBEITSPLATZ EINE FÜLLE VON ERFAHRUNGEN FÜR DEN AUFBAU DER EUROPÄISCHEN UNION VON MORGEN

Am Ende dieser Legislaturperiode veröffentlichte die Vereinigung ein Handbuch mit dem Titel „Handbuch für ausscheidende und ehemalige Abgeordnete - Ein Erfahrungsschatz für den Aufbau der EU von morgen“ mit praktischer Hilfe für ausscheidende Abgeordnete und ehemalige MdEPs. Die Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten des Europäischen Parlaments hat unter anderem zum Ziel, ehemalige Abgeordnete zusammenzubringen und ihnen ein Forum für Begegnungen, Diskussionen und kulturelle, wissenschaftliche und soziale Veranstaltungen zu bieten. Jedes Jahr werden politische Seminare und Veranstaltungen zu aktuellen EU-Themen organisiert, unter anderem in Partnerschaft mit dem Forschungsdienst des Europäischen Parlaments (EPRS) oder dem Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Florenz. Prominente Redner werden eingeladen, um einen konstruktiven Dialog mit ehemaligen und aktuellen Abgeordneten zu führen und sich über Entwicklungen in der Union und zukünftige Herausforderungen auszutauschen. Dinner-Diskussionen mit prominenten Rednern, die hauptsächlich aus den EU-Institutionen stammen. Ziel dieser Veranstaltungen ist es, eine informative und interessante Debatte über die Entwicklungen und Fortschritte in Bezug auf die vorrangigen Themen der europäischen Agenda zu organisieren, an der sowohl aktuelle als auch ehemalige prominente Abgeordnete teilnehmen. Weitere Informationen finden Sie unter der folgenden Adresse:

Jährlicher Gedenkdienst unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments. Diese Veranstaltung erinnert an alle verstorbenen ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments. Die Familien der verstorbenen ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments sind zum Gedenkgottesdienst sowie zum Cocktail und zur Dinner-Debatte der Vereinigung eingeladen. Sehen Sie sich die Aufzeichnungen früherer Gottesdienste an: <https://www.formermembers.eu/evenementsannuels/service-commemoratifannuel/?lang=de>

Die Librorum-Veranstaltung ist eine Gelegenheit für ein Mitglied unserer Vereinigung, sein Buch vor renommierten Gästen in Zusammenarbeit mit den Partnern der VEM vorzustellen. Die Veranstaltung findet online statt und wird von ehemaligen und aktuellen Parlamentariern besucht. Sehen Sie sich die Aufzeichnungen früherer Ausgaben an: <https://www.formermembers.eu/librorum/?lang=fr>.

Die Vereinigung informiert die Öffentlichkeit über Bücher, die von ehemaligen Parlamentariern, die Mitglieder der Vereinigung sind, veröffentlicht wurden, über ihre Website: <https://www.formermembers.eu/library/?lang=fr>

Zweimal im Jahr besucht eine Delegation der VEM das Land, das den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat, um mit aktuellen und ehemaligen Abgeordneten, Regierungsvertretern und lokalen Vertretern über Themen zu diskutieren, die für den Vorsitz von Interesse sind. Die DAA veröffentlicht in ihrem Newsletter einen Bericht über jeden Besuch mit Beiträgen der Delegationsmitglieder. Weitere Informationen finden Sie unter:

<https://www.formermembers.eu/dialoguepolitique/rencontre-aveclesparlements-nationaux/?lang=fr>

EP to Campus programme Das Programm soll Universitäten in Europa und darüber hinaus die Möglichkeit bieten, von der Erfahrung ehemaliger Abgeordneter zu profitieren, die ihre Zeit freiwillig zur Verfügung stellen, um das Wissen und Verständnis über die Europäische Union und insbesondere das Europäische Parlament zu fördern. Neben ihrer Fähigkeit, den Gesetzgebungsprozess zu erklären, befassen sich die ehemaligen Abgeordneten auch mit politischen Fachgebieten. Wenn Sie ein (ehemaliges) MdEP sind und mehr über die Vereinigung erfahren und sich voll an ihren Aktivitäten beteiligen möchten, besuchen Sie bitte die Webseite über der VEM: <https://www.formermembers.eu/rejoignez-nous/?lang=fr>.

FOCUS

FREIHEIT DER POLITIKER UND TRANSPARENZ

KEINE LIEBESGRÜSSE NACH MOSKAU

Der Verfall Russlands von einer sich entwickelnden Demokratie hin zu einem autokratischen, mörderischen Regime unter Wladimir Putin ist wohl eine der größten Tragödien unserer Zeit. Doch das Europäische Parlament hat sich stets entschieden eingesetzt, und ich war direkt beteiligt.

Meine ersten eigenen Erfahrungen mit Russland machte ich im Jahr 1972, als ich als junger Reiseleiter Touristen aus den USA in das damalige Leningrad begleitete. Ich besuchte ehemalige religiöse Einrichtungen in der Stadt, darunter die Synagoge und verschiedene Kirchen, sowie das Museum für Geschichte der Religion und des Atheismus. Dabei wurde ich überwacht und schließlich festgenommen, verhört und vom KGB wegen des Vorwurfs der Spionage festgehalten. Diese Erfahrungen haben meine politische Tätigkeit als Mitglied des Europäischen Parlaments von 1984 bis 2014 geprägt: So wurde ich im Jahr 2004 zum letzten Vizepräsidenten des Parlamentes aus dem Vereinigten Königreich gewählt und war für die Themenbereiche Demokratie und Menschenrechte zuständig. Im Jahr 2015 fand ich mich unter anderem mit Nick Clegg, stellvertretender Premierminister des Vereinigten Königreichs von 2010 bis 2015, und Malcolm Rifkind, Außenminister des Vereinigten Königreichs von 1995 bis 1997, in einer Gruppe von neun britischen Politikern wieder, die Wladimir Putin auf die erste Liste mit Personen setzte, gegen die ein Einreiseverbot nach Russland ausgesprochen wurde.

Nachdem ich im Jahr 1984 erstmals in das Europäische Parlament gewählt wurde, gründete ich das heute als „Europa in der Welt – Menschenrechte und Demokratie“ bezeichnete Programm zur Förderung der Demokratie und Zivilgesellschaft in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion mit Büros in Moskau, Prag und Warschau. Dieses mit 1,5 Mrd. EUR ausgestattete Siebenjahresprogramm ist das weltweit umfangreichste und vor allem das einzige von der EU finanzierte Programm, das unabhängig von der Zustimmung des jeweiligen Partnerlandes, wie z. B. China oder Kuba, durchgeführt wird.

In ganz Russland wurden so Wahlbeobachtungsmissionen durchgeführt und in Jekaterinburg Schulungen für russische Journalisten abgehalten. Es wurden auch wichtige Kontakte mit der neuen politischen Führungsebene in Russland und den in Umbruch befindlichen Ländern der ehemaligen Sowjetunion geknüpft.

Ich habe die meisten Länder des ehemaligen sowjetischen Blocks selbst besucht und umfangreiche Kontakte zu Dissidenten aufgebaut. So befand ich mich im Oktober 1993 während des versuchten Staatsstreichs von Kommunisten der alten Garde gegen Präsident Boris Jelzin in Moskau. Im Juli 2006 war ich der einzige ausländische Politiker, der auf der Kundgebung von Garri Kasparows Bündnis „Anderes Russland“ sprach, während Putins jugendliche Schläger der Naschi-Bewegung draußen randalierten. Schließlich wurde der

Pressesaal des Europäischen Parlaments in Brüssel nach der Journalistin Anna Politkowskaja benannt, die Putin im Jahr 2006 ermorden ließ.

Gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des Europäischen Parlaments wie Nicholas Bethell und Guy Verhofstadt arbeitete ich mit den führenden Akteuren der wachsenden Putin-kritischen Bewegung zusammen. Wir initiierten gemeinsam eine Reihe von Debatten, Entschließungen, Konferenzen und anderen Aktivitäten, um auf den Zusammenbruch der demokratischen Strukturen in Russland aufmerksam zu machen.

Den Höhepunkt dieser diplomatischen Aktivitäten bildete der Besuch von Präsident Barack Obama in Brüssel im März 2014, also genau zu einem Zeitpunkt, als die Annexion der Krim die wahre Natur von Putins Regime nur allzu deutlich zum Vorschein brachte. Im selben Monat beschloss das Europäische Parlament, mittels der Magnitski-Sanktionsliste, die später zum „Magnitski-Gesetz“ wurde, mit harten Bandagen gegen die Korruption unter russischen Amtsträgern vorzugehen (siehe Abbildung).

Seither hat Brüssel seine härtere Linie gegen Putins rachsüchtiges Regime beharrlich fortgesetzt – zumal Moskau Verschlechterungen der politischen Lage in der gesamten EU finanziert hat, etwa die verzerrte Abstimmung über den Brexit im Vereinigten Königreich im Jahr 2016 und den Aufstieg von Putins rechtsextremen Verbündeten in ganz Europa. Die Morde an Persönlichkeiten wie Boris Nemzow und zuletzt Alexei Nawalny haben die EU und die NATO schließlich dazu veranlasst, mit neuer Entschlossenheit und Überzeugung zu reagieren. Zu Recht verurteilte das Europäische Parlament im Jahr 2022 Russland als Staat, der dem Terrorismus Vorschub leistet.

Edward McMillan-Scott

PPE-DE, NI, ADLE

(1984-2009, 2009-2010, 2010-2014)

edward@emcmillanscott.com

Edward McMillan-Scott (links) mit Guy Verhofstadt und dem Unternehmer Bill Browder (rechts), Autor des Buches „Red Notice: Wie ich Putins Staatsfeind Nr. 1 wurde“ bei der Annahme der gegen korrupte russische Amtsträger gerichteten Magnitski-Sanktionsliste durch das Europäische Parlament im April 2014. Sergei Magnitski, Bill Browders früherer Wirtschaftsprüfer, wurde in einem russischen Gefängnis ermordet. Auch im Bild: Sergei Magnitskis Witwe und Sohn.



„KAILI, KURZ UND DER PENSIONS FONDS“

Die übliche **dreiteilige Aufteilung der Staatsgewalt**, bisweilen auch als Modell der *politischen Trias* bekannt, umfasst eine [Legislative](#), eine [Exekutive](#) und eine [Judikative](#).

Freiheit und Schutz für Politiker sowie Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen

Die Pressefreiheit, ein hohes Maß an Schutz für den Raum des Rechts und die Freiheit der Wissenschaft und der Rede sind zentrale Werte der europäischen Gesellschaft.

Die politische Immunität, auch bekannt als parlamentarische Immunität oder gesetzgeberische Immunität, ist eine Form des Rechtsschutzes, die Regierungsbeamte davor schützt, dass sie für ihre Entscheidungen oder Äußerungen, die sie in Ausübung ihres Amtes getroffen haben, persönlich haftbar gemacht werden.

Schutz vor Strafverfolgung aus politischen Gründen: Gewählte Amtsträger sind vor politisch motivierten Anschuldigungen geschützt, die darauf abzielen, ihre gesetzgeberische Effektivität zu beeinträchtigen oder kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Sie vertreten die Interessen ihrer Wähler und fällen Entscheidungen, die sich auf das Leben vieler Menschen auswirken. Ohne einen solchen Schutz besteht die Gefahr, dass Amtsträger bei der Ausübung ihres Amtes beeinflusst werden könnten, wodurch das Funktionieren der demokratischen Regierungsführung untergraben würde.

Gewaltenteilung: Durch die Immunität wird die Teilung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive aufrechterhalten und sichergestellt, dass jede Staatsgewalt innerhalb ihrer gerichtlichen Zuständigkeit tätig ist, ohne dass es zu Kompetenzüberschreitungen kommt.

In vielen Fällen wird die politische Immunität als notwendige Schutzvorkehrung angesehen, um die Unabhängigkeit und wirksame Tätigkeit von Politikern zu gewährleisten. Sie ermöglicht es ihnen, ehrliche und offene Gespräche zu führen, schwierige Entscheidungen zu treffen und unterschiedliche Standpunkte zu vertreten, ohne aus Furcht vor persönlichen Konsequenzen übermäßig eingeschränkt zu sein.

Freiheit der Rede und Debatte: Durch diese Freiheit wird eine offene und ehrliche Diskussion in den gesetzgebenden Kammern ermöglicht, die für den demokratischen Prozess als wesentlich erachtet wird. Die Gesetzgeber können Meinungen äußern und die Politik erörtern, ohne dass Gefahr besteht, dass rechtliche Schritte eingeleitet werden. Das größte Privileg besteht darin, von der Redefreiheit zugunsten derjenigen Gebrauch zu machen, die keine Stimme haben.

Die Vermeidung des Missbrauchs der politischen Immunität ist wichtig, wenn ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Rechte von Politikern bei der Wahrnehmung ihres Amtes und ihrer Rechenschaftspflicht gefunden werden soll. Dies erfordert klare Rechtsrahmen sowie **Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen**.

Der Begriff „Rechtsstaatlichkeit“ als Grundprinzip des Regierens besagt, dass alle Personen, Institutionen und Körperschaften, öffentliche wie private, an Gesetze gebunden und im Sinne des Statuts der Europäischen Union rechenschaftspflichtig sind, wie dies von Parlament und Rat auf Empfehlung der Kommission beschlossen wird und von allen Entscheidungsträgern (in Bezug auf Immunität, Ruhegehälter, soziale Rechte) einzuhalten ist.

Eine sorgfältige Beachtung und ein Bekenntnis zur Wahrung der Grundsätze von Transparenz, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit sind erforderlich.

Die Rechtsstaatlichkeit zielt darauf ab, die Rechte des Einzelnen zu schützen, Gerechtigkeit zu gewährleisten und Diskriminierung zu verhindern.

Gesetze unterliegen der Auslegung durch die Gerichte, jedoch ist der Intention und der Entscheidung der Gesetzgeber Rechnung zu tragen. Die Herausforderung besteht darin, Gesetze zu konzipieren und durchzusetzen, durch die das Recht auf freie Meinungsäußerung ohne Zensur geachtet und geschützt wird.

Vorschriften und Gesetze werden nicht dazu herangezogen, die geschützten Äußerungen verschiedener Personen zu unterdrücken oder die Konformität in einer Weise durchzusetzen, die gegen den Schutz der Redefreiheit und Immunität oder sonstige Menschenrechte verstößt.

Fraktionen dürfen die Judikative nicht missbräuchlich gegen andere einsetzen.

System von Kontrolle und Gegenkontrolle: In vielen Systemen ist Immunität nicht absolut, und die Gesetzgeber können nach wie vor im Rahmen spezifischer Verfahren zur Rechenschaft gezogen werden, wobei ein Gleichgewicht zwischen Autonomie, Toleranz und Verantwortung zu wahren ist.

Dr. Paul Rübzig

EVP, EVP-ED, EVP, Österreich
(1996-1999, 1999-2009, 2009-2019)

office@paulruebig.eu

